

UB Braunschweig 84

2265-738-9

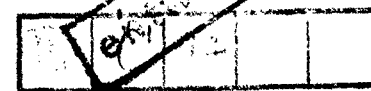


# DIE WELFISCHEN TERRITORIEN

SEIT DEM  
STURZE HEINRICHS DES LÖWEN  
BIS ZUR  
GRÜNDUNG DES HERZOGTUMS BRAUNSCHWEIG-LÜNEBURG.

INAUGURALDISSERTATION  
ZUR ERLANGUNG DER DOKTORWÜRDE  
EINGEREICHT BEI DER  
PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT DER UNIVERSITÄT LEIPZIG  
VON  
LOTHAR VON HEINEMANN.

Geographisches Institut  
Techn. Universität Braunschweig



GOtha.

DRUCK VON FRIEDRICH ANDREAS PERTHES.  
1882.

50 594 / 1-10-01

Vorliegende Arbeit ist ein Teil einer grösseren Monographie des Verfassers: „Heinrich von Braunschweig, Pfalzgraf bei Rhein. Ein Beitrag zur Geschichte des staufischen Zeitalters.“



## Einleitung.

Der nicht unbedeutende Einfluss, welchen Heinrich von Braunschweig auf die politische Geschichte seiner Zeit ausgeübt hat, erklärt sich zum grossen Teil aus seiner ausgedehnten Territorialmacht, welche ihm die zu einer umfassenderen politischen Thätigkeit unungänglich notwendige materielle Grundlage gewährte. Erscheint demnach von diesem Gesichtspunkte aus eine zusammenhängende Betrachtung der landesherrlichen Thätigkeit Heinrichs von Braunschweig zur Vervollständigung des Bildes, welches wir von diesem Fürsten zu entwerfen versucht haben, als unerlässlich, so ist eine solche Aufgabe auf der andern Seite auch um so dankbarer, als die Verwaltung Heinrichs, wenigstens für die Entwicklung der welfischen Lande und ihre Zusammenschliessung zu einem festen und abgerundeten Territorium, von grösster Bedeutung gewesen ist. Hat er doch vornehmlich den Kampf der Welfen um ihre Restitution, der die Reichsgeschichte seiner Zeit erfüllt, mit Glück und Geschick auch bei der Verwaltung der welfischen Erblande zu führen verstanden. Denn in der Erkenntnis, dass die Grundlage der herzoglichen Stellung Heinrichs des Löwen zum grössten Teil in dem Besitze einer umfassenden Territorialmacht be-

standen habe, erblickte Heinrich von Braunschweig bei seinem Streben, den status quo des Herzogtums seines Vaters aufrecht zu erhalten, seine Aufgabe vornehmlich in der Verteidigung der von diesem erworbenen gräflichen Rechte und in der Wiedererwerbung des seiner Familie entzogenen Kirchengutes. Der Erfolg war, dass der Pfalzgraf zu Ende seines Lebens von den Kirchen von Mainz, Paderborn, Minden, Bremen, Verden, Magdeburg, Halberstadt, Hildesheim, Corvey, Werden, Quedlinburg, Gandersheim Lehen besass <sup>1)</sup>, dass die kleinen sächsischen Grafschaften, namentlich in Engern, in näherer Verbindung zu dem welfischen Hause standen als zu den Askaniern, den eigentlichen Nachfolgern in der herzoglichen Würde Heinrichs des Löwen, und dass auch im nördlichen und östlichen Sachsen die herzogliche Gewalt der Welfen anerkannt war. So kam es, dass namentlich nach der Aussöhnung des Pfalzgrafen mit dem staufischen Königtum die Ansprüche des welfischen Hauses in fast allen Teilen Sachsens eine Beschränkung des askanischen Herzogtums herbeigeführt und selbst von königlicher Seite Anerkennung gefunden hatten. Ist dieser Erfolg der welfischen Restaurationspolitik im wesentlichen wohl dem thatkräftigen Eingreifen Heinrichs von Braunschweig zuzuschreiben, so kam doch eine Reihe von glücklichen Umständen hinzu, welche den Pfalzgrafen in seinen Bestrebungen wirkungsvoll unterstützten. Schon die Stellung Heinrichs im Anfang seiner Regierungsthätigkeit als Inhaber der rheinischen Pfalzgrafschaft, dann aber der Aufschwung, welchen die welfische Macht im allgemeinen mit der Erhebung seines Bruders auf den deutschen Thron nahm, sicherten von vornherein seinem Streben einen durchschlagenden Erfolg. Denn

1) Orig. Guelf. IV, p. 98—99.

da in dem Thronstreite zwischen Philipp und Otto die geistlichen Fürsten Westfalens fast durchweg die welfische Partei ergriffen, so wird schon in dieser Zeit manches von dem verlorenen Kirchengute Heinrichs des Löwen dem welfischen Hause zurückerworben sein. Auch der Umstand, dass während jenes Kampfes die welfischen Lande dem Schutze des kriegstüchtigen Pfalzgrafen Heinrich anvertraut waren, konnte den angedeuteten Bestrebungen der Welfen nur förderlich sein. Die Stellung Heinrichs als eigentlichen Verwalters der welfischen Stammlande wurde auch nicht durch die Teilung der welfischen Allodialgüter vom Jahre 1202 verändert. Otto konnte sich schon wegen seiner königlichen Pflichten nicht viel um die Regierung des ihm zugefallenen Erbteils kümmern, Wilhelm aber, der überhaupt nie in den Vordergrund tritt, wird sich wohl stets dem Vorgehen seines ältesten Bruders angeschlossen haben, dessen Aufgabe die Söhne Heinrichs des Löwen gleichsam dadurch festgestellt hatten, dass sie ihm bei jener Teilung fast ausnahmslos das streitige Gut aus der Erbschaft Heinrichs des Löwen zuwiesen. Und selbst als der Pfalzgraf Heinrich später die Partei der Staufer ergriff, wusste er sich einen Einfluss auch auf die ihm nicht zugefallenen Teile der väterlichen Erbschaft zu sichern, und sein Abfall kam sogar seiner Machtstellung in Sachsen zugute <sup>1)</sup>. Nach seiner Aussöhnung mit Otto IV. sehen wir dann den Pfalzgrafen wiederum fast allein die Leitung der welfischen Lande übernehmen, besonders seitdem er nach dem Tode seines Bruders

1) Im Jahre 1208 urkundet Heinrich in Helmstedt; s. Urkundenanhang, Nr. 5. Nach seinem Übertritt auf die Seite Philipps wurde er von dem staufischen Könige mit der Vogtei über Goslar, der mächtigsten Stadt des östlichen Sachsens, belehnt.

Wilhelm die Vormundschaft über dessen jungen Sohn Otto führte. Als aber im Jahre 1218 auch Otto IV. aus dem Leben schied, vereinigte Heinrich die sämtlichen welfischen Besitzungen in seiner Hand und behielt dieselben im wesentlichen bis zu seinem Tode, mit welchem sein Neffe Otto das Kind als Erbe der Hausgüter der welfischen Familie eintrat.

So ist in der Periode vom Tode Heinrichs des Löwen bis zur Gründung des braunschweigisch-lüneburgischen Herzogtums der Pfalzgraf Heinrich der eigentliche Vertreter der welfischen Restaurationspolitik und somit seine Tätigkeit als Landesfürst für die welfischen Lande von grösster Bedeutung gewesen.

## I. Reichsfürstliche Stellung und Ansprüche auf das Herzogtum Sachsen.

Die staatsrechtliche Stellung der Welfen im deutschen Reiche seit dem Sturze Heinrichs des Löwen befand sich im schroffsten Widerspruch mit der in derselben Zeit zum Abschluss gelangten Ordnung des Reiches. Seit der im Januar 1180 zu Würzburg erfolgten Verurteilung Herzog Heinrichs zu dem Verluste seiner Herzogtümer Bayern und Sachsen sowie seiner übrigen Reichsgüter hatten die Welfen aufgehört Reichsfürsten zu sein und waren auf den Stand von Edelherren herabgesunken. Trotzdem war die Stellung, welche Heinrich der Löwe und seine Söhne auch nach dem Jahre 1180 noch einnahmen, eine von der bestehenden Rechtsordnung so entschieden abweichende, dass die Welfen nicht nur durchgehends den Titel „princeps“, selbst in kaiserlichen Urkunden, führten, sondern auch die Rechte von Reichsfürsten ungehindert ausgeübt haben.

Dieses zeigt sich zunächst und am auffälligsten bei Heinrichs des Löwen gleichnamigem Sohne. Allerdings war der Pfalzgraf Heinrich insofern in einer von derjenigen seines Vaters und seiner Brüder abweichenden Lage, als er durch die Erwerbung der Rheinpfalz in die Reihe der Reichsfürsten eingetreten war. Dennoch hat er schon vor dieser Erwerbung und ebenso nach seinem Verzicht auf dieselbe

welcher im Jahre 1213 erfolgte, seine Ansprüche auf eine reichsfürstliche Stellung aufrecht erhalten. Wenn er die Verpflichtung zu Förderung und Schutz von Kirchen, die in seinen welfischen Allodialbesitzungen gelegen waren, aus seiner reichsfürstlichen Stellung ableitet, so geschieht dies gewiss nicht als Ausfluss seiner pfalzgräflichen Würde, sondern derjenigen Gewalt, kraft welcher er in diesen nord-deutschen Gegenden Fürstenrechte ausübte <sup>1)</sup>. Auch geht die Ausnahmestellung der Welfen, in der sie thatsächlich den Reichsfürsten ebenbürtig zur Seite standen, schon daraus hervor, dass eine ganze Reihe von Grafen und freien Herren von ihnen lehensabhängig waren, obgleich dieselben nach dem besonders in Sachsen streng ausgebildeten Lehenrechte keines Genossen Mann sein, sondern nur von einem Reichsfürsten ohne Gefahr der Niederung ihres Heerschildes belehnt werden durften <sup>2)</sup>. So hatte Graf Adolf von Holstein vom Pfalzgrafen Heinrich zu einer Zeit, als dieser nicht mehr im Besitze der Pfalz war, Lehen <sup>3)</sup>. In der gleichen Lage befanden sich die Grafen von Blankenburg <sup>4)</sup>, Honstein <sup>5)</sup>, Eberstein <sup>6)</sup>, Wölpe <sup>7)</sup>, Nienover <sup>8)</sup>, die Edellherren von

Plesse, Schonenburg <sup>1)</sup>, Lippe <sup>2)</sup>, Meinersen und Dorstadt <sup>3)</sup>, eine Reihe von Geschlechtern, deren Zahl sich leicht noch vermehren liesse.

Noch auffallender ist es, wenn Wilhelm, der Bruder des Pfalzgrafen, der nur äusserst selten sich den Titel eines „princeps“ oder „dux“ beilegte, in einer Urkunde, in welcher er sich nur „Wilhelm von Lüneburg“ nennt, die Grafen von Dannenberg, Wölpe und Lüchow, die Edellherren von Boldensele und Ostervalde als „homines sui“ bezeichnet <sup>4)</sup> und dem Grafen Siegfried von Blankenburg Schloss und Grafschaft Blankenburg zu Lehen giebt <sup>5)</sup>. Die gleiche Erscheinung haben wir bei des letzteren Sohne Otto, dem nachmaligen Herzoge von Braunschweig und Lüneburg. Obgleich dieser erst auf dem Tage von Mainz 1235 zum Herzoge erhoben wurde, so nennt er sich doch schon früher

1) Orig. Guelf. III, p. 699.

2) Wilmans, Westfäl. Urkundenb. III, S. 24, und Asseburg. Urkundenb. I, S. 43.

3) Orig. Guelf. III, p. 696.

4) Sudendorf, Urkundenbuch der Herzöge von Braunschweig und Lüneburg I, S. 4. Wilhelm urkundet, soviel mir bekannt ist, nur einmal als „dux de Luncboreh“ (Orig. Guelf. III, p. 850). Sonst nennt er sich immer einfach Wilhelmus de Luncborg, manchmal setzt er hinzu: filius ducis Saxoniae; Orig. Guelf. III, p. 855. So fungiert er z. B. auch in einer bis jetzt ungedruckten Urkunde des Abtes Burchard von Lüneburg unter den Zeugen einfach als Wilhelmus de Luncboreh, doch ist sein höherer Rang dadurch angedeutet, dass er an erster Stelle auch vor dem Abte Albert von S. Egidien in Braunschweig steht. Original im Landes-Hauptarchiv zu Wolfenbüttel, wo auch eine Bestätigung dieses Rechtsgeschäftes durch Wilhelm im Original noch vorhanden ist. In einer Urkunde des Pfalzgrafen Heinrich vom Jahre 1207 für Marienfeld wird Wilhelm als „comes Wilhelmus“ bezeichnet, doch ist diese Urkunde im höchsten Grade verdächtig. Wilmans, Westfäl. Urkundenb., Nr. 44. Vgl. Scheffer-Boichorst, Bernhard von Lippe, S. 124—126. Gegen die Echtheit der Urkunden spricht namentlich auch die von Scheffer-Boichorst nicht hervorgehobene Bezeichnung des Pfalzgrafen Heinrich als „comes sacri palatii universis“.

5) Lehenregister des Grafen Siegfried von Blankenburg, Zeitschrift des Harzvereins II b, S. 92.

1) Urkunden für das Kloster Riddagshausen aus den Jahren 1199 und 1201 eröffnet Heinrich mit der Arenga: „Ad hoc nos divinitate propicia ad principatus nostri officium credimus esse promotos, ut ecclesias dei munificencie nostre beneficentia promoveamus et promotos qua possunt cautela muniamus.“

2) Fieker, Vom Heerschild, S. 124 ff.

3) Orig. Guelf. III, p. 690.

4) Siehe das Lehenregister des Grafen Siegfried von Blankenburg, Zeitschrift des Harzvereins, Bd. II b, S. 90 ff., und Orig. Guelf. III, p. 693 u. 699.

5) Neue Mitteilungen des thüringisch-sächsischen Vereins, Bd. VII, Heft 4, S. 56.

6) Orig. Guelf. III, p. 699.

7) Hamburg. Urkundenb. I, S. 413.

8) Graf Adolf von Nienover besass z. B. die Vogtei des Klosters Northem von dem Pfalzgrafen Heinrich zu Lehen. Urkunden im Amelungsborner Copiale im Landes-Hauptarchiv zu Wolfenbüttel, S. 120.

urkundlich bald „Herzog von Braunschweig“, bald „Herzog von Lüneburg“<sup>1)</sup>. Nur vereinzelt kommt er als „Otto von Lüneburg“<sup>2)</sup> oder „Otto Herr von Lüneburg“<sup>3)</sup> vor. Zudem tritt die sonderbare, der reichsfürstlichen gleichkommende Stellung Ottos des Kindes darin offen zutage, dass auch er eine ganze Reihe von Grafen und Edlen schon vor seiner Erhebung in den Reichsfürstenstand als seine Vasallen bezeichnet, so z. B. die Grafen von Blankenburg<sup>4)</sup> und Dassel<sup>5)</sup>, die Edelherren von Boldensele, Dorstadt, Hardenberg und Plesse<sup>6)</sup>.

Trotzdem scheint ein Unterschied zwischen der Stellung des Pfalzgrafen Heinrich und seines Neffen Otto hinsichtlich der Lehensabhängigkeit von Grafen und freien Herren obgewaltet zu haben. In einer Urkunde nämlich vom 10. Mai 1228, in welcher der Bischof von Verden die bisher von dem Pfalzgrafen besessenen Lehen seines Bistums dem Neffen Heinrichs, Otto von Lüneburg, überträgt, heisst es: „mit Ausnahme der Güter, welche der Graf Heinrich von Hoya von dem Pfalzgrafen zu Lehen getragen zu haben behauptet. Inbetreff dieser hat man sich dahin geeinigt, dass, wenn der vorgenannte Graf nach Lehenrecht beweisen kann, dass wir ihn zur Empfangnahme dieser Güter an den Herrn von Lüneburg nicht weisen dürfen noch können, so soll genannter Graf dieselben Güter, falls es deren geben sollte, aus unserer Hand empfangen.“<sup>7)</sup> Hieraus scheint allerdings,

1) Dux de Brunswic nennt sich Otto in folgenden Urkunden: Orig. Guelf. IV, p. 98. 104. 105. 112. 122. 123. 127. 130. 131. 134. 135. 136; dux de Lüneborech im Jahre 1225: ib., p. 103; Otto dux de Brunswic et dominus de Lüneborg: ib., p. 119.

2) Orig. Guelf. IV, p. 97.

3) Ib., p. 102 u. 103.

4) Ib., p. 103.

5) Ib., p. 136.

6) Ib., p. 97.

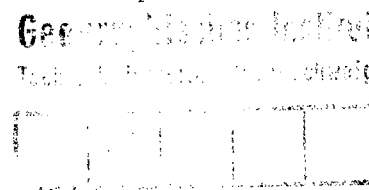
7) Sudendorf, Urkundenb. I, S. 12: „exceptis bonis illis, que comes Henricus de Hoya dicit, se de manu ejusdem domini palatini tenuisse, super quibus ita conventum est, quod si prenomiatus co-

wie schon von Ficker bemerkt worden ist<sup>1)</sup>, hervorzugehen, dass der Graf von Hoya eines Genossen Mann nicht werden wollte. Doch wenn von derselben Seite hinzugesetzt wird, der Pfalzgraf Heinrich habe eben das vor seinem Neffen vorausgehabt, dass er Reichsfürst gewesen sei, jener aber nicht, so gilt dieses doch nur bis zum Jahre 1213, in welchem der Pfalzgraf Heinrich auf die Rheinpfalz, sein Reichsfürstentum, verzichtete. Wenn der Graf von Hoya auch nach diesem Jahre noch Vasall Heinrichs von Braunschweig blieb, so war er ebenso gut eines Genossen oder wenigstens Fürstengenossen Mann, wie wenn er von Otto von Lüneburg Lehen empfing. Es scheint also nach der angeführten Urkunde, dass die Stellung des Pfalzgrafen Heinrich als eine höhere, dem Reichsfürstenstande gleichkommende betrachtet wurde.

Vielleicht könnte die Erklärung hierfür in einer andern verfassungsgeschichtlich merkwürdigen Erscheinung zu suchen sein, die eng mit der Frage nach dem Principatus der Welfen verknüpft ist, nämlich mit dem Festhalten der Söhne Heinrichs des Löwen an den Ansprüchen ihres Vaters auf das Herzogtum Sachsen. Namentlich hat der Pfalzgraf Heinrich sein vermeintliches Anrecht an die herzogliche Würde Sachsens stets dadurch offen zur Geltung zu bringen versucht, dass er sich fast durchgehend den Titel eines Herzogs von Sachsen beilegte. Während sein Vater Heinrich der Löwe nach seinem Sturze sich nur einmal, und zwar zu einer Zeit, in welcher der Kampf zwischen ihm und dem Kaiser Friedrich endgültig noch nicht entschieden war, mit seinem vollen ehemaligen Titel „Herzog von Bayern und Sachsen“, sonst aber stets nur „Herzog Heinrich“ ohne

mes per jus vasallorum nostrorum declarare potuerit, quod ipsum pro recipiendis eisdem bonis ad dominum de Lüneborech transmittere non debeamus vel possimus, salva benevolentia et amicitia ejusdem domini de Lüneborech, sepedictus comes eadem bona si qua fuerint de manu nostra tenebit“.

1) Vom Heerschild, S. 129.



weiteren Zusatz nennt <sup>1)</sup>, finden wir bei seinem Sohne eine fast stetige Führung des ihm rechtlich durchaus nicht zustehenden Titels eines Herzogs von Sachsen. Von dem ersten öffentlichen Auftreten Heinrichs bis zu seinem Tode tragen die von ihm ausgestellten Urkunden und die von ihm geführten Siegel fast sämtlich die Bezeichnung einer Würde, die er von Rechtswegen niemals besessen, und ebenso legen fast alle Schriftsteller der damaligen Zeit dem ältesten Sohne Heinrichs des Löwen den Titel eines Herzogs von Sachsen bei. Ja, die kaiserliche und königliche Kanzlei unter Heinrich VI., Otto IV., Friedrich II. und Heinrich (VII.) erkannte gleichsam die Ansprüche Heinrichs auf das sächsische Herzogtum dadurch an, dass sie den Welfen in den von ihr ausgestellten Urkunden häufig als Herzog von Sachsen bezeichnet, während doch dieses Herzogtum schon lange sich in anderen Händen befand <sup>2)</sup>.

Man könnte geneigt sein, die Führung dieses Titels von-

1) Ich stelle hier summarisch die Urkundenregesten Heinrichs des Löwen nach dem Jahre 1180 zusammen. Die Regesten bei Prutz, Heinrich der Löwe, sind im höchsten Grade mangelhaft.

1181, August 11. Henricus d. g. Dux Bawariae et Saxoniae stellt eine Urkunde für das Kloster Northem aus. Stumpf, Acta Mogunt., p. 94.

Um 1181. Henricus dux stellt eine Urkunde aus für das Kl. Wunstorf; v. Hodenberg, Calenb. Urkundenb., IX. Abt., S. 3, Nr. 3.

1188, vor September. Henricus dux für das Kloster Northem. Ilseb. Urkundenb., S. 37, Nr. 33.

1188, Oktober 2. Henricus dux für das Kl. Loccum; Orig. Guelf. III, praef., p. 40.

1190, Schöningen. Henricus dux über einen Gütertausch mit Kl. Riddagshausen; Orig. Guelf. III, p. 573.

1191, Juni 6. Braunschweig, für das Kl. Walkenried; Walkenried. Urkundenb., S. 35.

1194, April 2. Braunschweig; erlaubt den Verkauf eines Grundstückes in „Tepinhart“ und „Alberswilare“. Nach Stälin, Wirtemb. Gesch. II, S. 259, Anm. 1. Orig. in Karlsruhe. Ob echt? Jedenfalls doch wohl in früherer Zeit ausgestellt.

2) Das Nähere s. im Exkurs III über die Titulatur Heinrichs von Braunschweig.

seiten des Pfalzgrafen für völlig bedeutungslos zu halten und in jenem Verfahren der kaiserlichen Kanzlei nur eine schwächliche Nachgiebigkeit gegenüber den welfischen Ansprüchen zu erblicken, die zu keinen weiteren Folgerungen berechtigte. Dem widerspricht aber, dass wir deutliche Spuren von einer thatsächlichen Ausübung von Rechten, die eigentlich nur dem Herzoge von Sachsen zustanden, durch den Pfalzgrafen Heinrich nachweisen können.

Am 6. Januar 1180 war Herzog Heinrich der Löwe zu dem Verluste seiner Reichslehen verurteilt <sup>1)</sup> und schon am 13. April desselben Jahres wurde das herrenlose Gut von neuem verliehen. Das Herzogtum Sachsen wurde geteilt: einen Teil bekam der Erzbischof Philipp von Köln, den andern der Graf Bernhard von Anhalt. Und zwar erhielt die Kölner Kirche, wie es in der zu Gelnhausen ausgestellten kaiserlichen Urkunde lautet, denjenigen Teil, der sich durch das Kölner und ganze Paderborner Bistum erstreckte, mit allem Rechte und aller Gerichtsbarkeit unter Zustimmung des Herzogs Bernhard, dem der übrige Teil des Herzogtums zufiel <sup>2)</sup>. Da die Belehnungsurkunde für den Grafen Bernhard von Anhalt fehlt <sup>3)</sup>, so war es eine viel diskutierte Streitfrage, ob man unter dem Kölner Bistum der Gelnhäuser Urkunde die Erzdiözese Köln oder den Kölner Bis-

1) Ann. Pegav., SS. XVI, p. 263. Ann. S. Petri Erphesfurd., SS. XVI, p. 24.

2) Die besten Drucke bei Lacomblet, Niederrh. Urkundenb. I, Nr. 472 und v. Heinemann, Cod. dipl. Anhalt. I, no. 581: „... partem, eam videlicet, que in episcopatum Coloniensem et per totum Pathebrunnensem episcopatum extendebatur cum omni jure et jurisdictione, videlicet cum comitatibus, cum mansis, cum curtibus, cum beneficiis, cum mancipiis et cum omnibus ad eundem ducatum pertinentibus . . . accedente . . . publico consensu dilecti consanguinei nostri ducis Bernardi, cui reliquam partem ducatus concessimus“ etc.

3) Gewold, De septemviratu sacri romani imperii, p. 75 sq. bringt einen Auszug einer Belehnungsurkunde für den Grafen Bernhard, über deren Unechtheit s. von Kobbe, Geschichte des Herzogtums Lauenburg I, S. 193, Anm. 25.



tumssprengel im engeren Sinne zu verstehen habe. Neuerdings ist, wie ich glaube, überzeugend nachgewiesen worden, dass die letztere Auffassung die richtige und demnach den Askaniern der bei weitem grössere Teil des Herzogtums Heinrichs des Löwen zugefallen ist <sup>1)</sup>.

Auf das kölnische Herzogtum haben die welfischen Brüder zu wiederholten Malen während des Kronstreites in Deutschland verzichtet und, diesem Verzichtes getreu, nie, so viel wir wissen, in diesen Gegenden herzogliche Rechte sich anzumassen versucht. Es konnte in der That den Welfen auch nur sehr wenig an dem Besitztitel von Befugnissen liegen, deren allgemeine Anerkennung selbst Heinrich der Löwe in dem später kölnischen Teile seines Herzogtums kaum zu erzwingen verstanden hatte. Zwar finden wir unter Heinrich dem Löwen vornehmlich in dem Paderborner Sprengel Spuren der Ausübung einer höheren herzoglichen Gewalt vonseiten Heinrichs <sup>2)</sup>, doch machte schon damals der Widerstand, welchen die mächtigen Erzbischöfe von Köln seinen Bestrebungen entgegensetzten, eine erfolgreiche Befestigung des Herzogtums in diesen Gegenden zu einer äusserst schwierigen Aufgabe, der Heinrich selbst nur so lange, als er als der gefürchtetste Fürst des Reiches stand, gerecht zu werden vermochte <sup>3)</sup>. Um so nutzloser wäre der Versuch seiner Nachkommen gewesen, in dem kölnischen Herzogtume dem nunmehr auch vom Reiche als Herzog in diesen Gegenden anerkannten Erzbischofe von Köln die herzoglichen Befugnisse zu entringen. Dass dennoch der Gedanke an einen solchen Versuch den Welfen nicht so fern gelegen zu haben scheint, lehren uns die wiederholten, feierlich verbrieften Verzichtes der welfischen Brüder auf das kölnische Herzogtum ihres Vaters.

1) Grauert, Die Herzogsgewalt in Westfalen seit dem Sturze Heinrichs des Löwen, Tl. I (Paderborn 1877).

2) Vgl. Weiland, Das sächsische Herzogtum unter Lothar und Heinrich den Löwen (Greifswald 1866), S. 130 u. 131.

3) Vgl. Weiland a. a. O., S. 135.

Eine völlig andere Bewandnis hatte es indessen mit dem sächsischen Herzogtume der Askanier. Schon der Umstand, dass man so lange darüber in Zweifel sein konnte, welche Teile des Herzogtums Heinrichs des Löwen eigentlich dem anhaltischen Grafen Hause zugefallen seien, zeigt uns, wie geringe Spuren einer herzoglichen Thätigkeit der Askanier vor allem in den Diöcesen Münster, Osnabrück und Minden erhalten sein müssen, und wie schwer es dem Grafen Bernhard und seinen Nachfolgern daher geworden sein mag, in diesen Gegenden die ihnen zustehenden herzoglichen Rechte zur Geltung zu bringen. An der Möglichkeit, seiner Stellung nur annähernd die Bedeutung zu verleihen, welche dieselbe zur Zeit seines Vorgängers gehabt hatte, hinderte den Herzog Bernhard zunächst das nach der Zeit des starken Regiments Herzog Heinrichs mit erneuerter Kraft auftretende Streben der Grafen und freien Herren seines Herzogtums nach Beseitigung der lästigen Abhängigkeit, in welche sie Heinrich der Löwe hinabgedrückt hatte. Ein gleiches Streben erfüllte die Bischöfe und geistlichen Stifter, die sich der Oberhoheit des Herzogs zu entziehen und womöglich, wie das z. B. im Bistum Münster gelang, selbständig herzogliche Rechte auszuüben versuchten <sup>1)</sup>. Diese Versuche wurden dadurch nicht wenig begünstigt, dass den askanischen Herzögen nur eine sehr bescheidene territoriale Grundlage für ihre neue herzogliche Gewalt zugebote stand, da ihre Hausmacht nur gering und ihr Allodialbesitz ausserdem weit ab von den Gegenden lag, in denen Heinrich der Löwe seine Herzogsgewalt mit glücklichstem Erfolge entwickelt und ausgebildet hatte <sup>2)</sup>. So kamen einerseits den

1) Grauert a. a. O., Kap. III: Beeinträchtigungen der Askanier in ihrem westfälischen Herzogtume, S. 73 ff.

2) Welche geringe Bedeutung die Askanier selbst ihrem Herzogtume beizumessen, geht daraus hervor, dass nach dem Tode Bernhards bei der Erbteilung der askanischen Güter und Würden der ältere, nach dem Erbrechte bevorzugte Sohn Heinrich die Grafschaft Ascharien, der jüngere Albrecht das Herzogtum Sachsen erhielt; vgl. Ann. Stad., SS. XVI, p. 355.

Bestrebungen des Kölner Erzbischofes, sich auch in denjenigen Teilen Sachsens, über welche ihm das Herzogtum nicht zugesprochen worden war, herzogliche Rechte und Befugnisse anzumassen, sehr günstige Verhältnisse entgegen; anderseits vermochten auch die Welfen unter diesen Umständen den Askanern in ihrem jüngst erworbenen Herzogtum als gefährliche Nebenbuhler gegenüberzutreten.

Man hat, glaube ich, bislang in der Schilderung der Ausbildung des sächsischen Herzogtums Lothars sowohl als Heinrichs des Löwen einen der hauptsächlichsten Faktoren bei diesem Umbildungsprozesse nicht so berücksichtigt, wie es derselbe seiner Bedeutung nach verdient <sup>1)</sup>. Entscheidend und am meisten ins Gewicht fallend bei der Ausbildung des Herzogtums in Sachsen war nach meiner Ansicht die in der Hand jener Herzöge vereinigte Hausmacht, die allein oder doch vornehmlich die Entwicklung einer Herzogsgewalt ermöglichte, wie sie bislang in Sachsen nicht gekannt war. Alle jene Mittel, durch welche Heinrich der Löwe seine herzogliche Stellung zu befestigen bestrebt war, die Einziehung der Besitzungen der im Mannsstamme erloschenen Grafengeschlechter, die Einsetzung neuer vom Herzoge abhängiger Lehengrafen, das Streben schliesslich, Kirchen und Klöster von sich abhängig zu machen, sind nicht der Ausfluss einer höheren, staatlich anerkannten herzoglichen Gewalt, sondern lediglich persönliche Übergriffe, die sich der Herzog auf Grund seiner grossen Territorialmacht den kleineren Fürsten des Landes gegenüber wohl erlauben konnte. Wenn diese Bestrebungen Heinrichs schliesslich dahin führten, dass seine herzogliche Oberhoheit auch rechtlich in Sachsen anerkannt wurde, dass er die sächsischen Magnaten an seinen Hof entbieten, über ihre Streitigkeiten zu Gericht sitzen durfte, so zeigt das eben nur, dass er der ursprünglichen herzoglichen Gewalt der Billunger, welche gleichsam duces

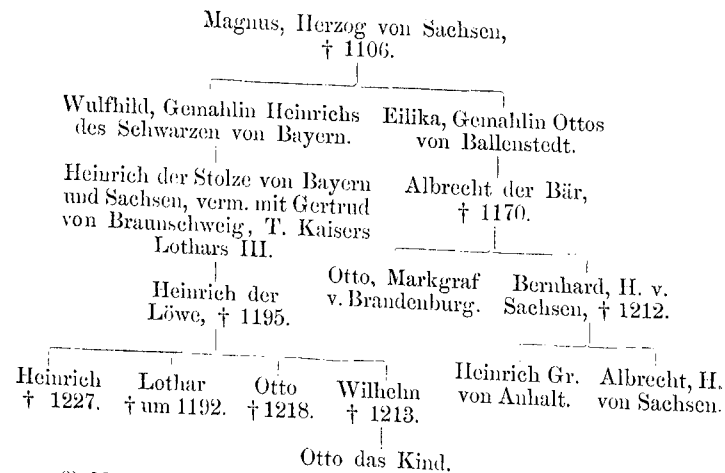
inter pares gewesen waren, mit Hilfe der ihm zugeborene stehenden Hausmacht eigenmächtig eine höhere Bedeutung zu verschaffen verstanden hatte. Nur bei dieser Auffassung wird es verständlich, wenn es in der Gelnhäuser Urkunde vom 13. April 1180 heisst, dass Heinrich der Löwe namentlich wegen der Unterdrückung der geistlichen und weltlichen Fürsten und Grossen, deren Güter er in Beschlag genommen und deren Rechte er gemindert habe, zum Verluste seiner Reichslehen verurteilt worden sei. Dass der Besitz grosser Eigengüter die vorzüglichste Grundlage des Herzogtums Heinrichs des Löwen gewesen, geht schliesslich auch daraus hervor, dass seine herzogliche Gewalt namentlich in den Gegenden sich am umfassendsten ausbildete, in welchen er selbst vorzüglich begütert war. Der Schwerpunkt des Herzogtums Heinrichs des Löwen lag nicht in Westfalen noch in den ostsächsischen Gegenden, sondern vor allem in Engern, in der Landschaft zu beiden Seiten der Weser. Hier in den Stiftern Paderborn, Minden, Bremen und Verden lagen die Hauptwurzeln seiner herzoglichen Stellung, und zwar deshalb, weil er sich in diesen Gegenden auf grosse Eigengüter zu stützen vermochte, die ihm ein Übergewicht über die anderen engrischen Fürsten verliehen. Gerade in Engern finden wir denn auch nach dem Tode Heinrichs des Löwen die meisten Spuren von Ansprüchen seiner Söhne auf die herzogliche Gewalt ihres Vaters. Und diese erfolgreichen Versuche des welfischen Hauses, den Askanern in diesen Gegenden die herzoglichen Rechte streitig zu machen, unterstützte auch später vor allen Dingen der grosse Grundbesitz, den die Welfen hier in ihrer Hand vereinigten. Zwar hatten auch die Askanier in Engern nicht unbedeutende Allodialbesitzungen, die ihnen die Behauptung ihrer neu erungenen Stellung im Lande erleichtern mussten <sup>1)</sup>; allein einerseits waren ihnen die Welfen doch in der engrischen Landschaft an Eigengütern weit überlegen, anderseits ward

<sup>1)</sup> Hier sind namentlich die gründlichen Forschungen Weiland's a. a. O. zu berücksichtigen.

<sup>1)</sup> Vgl. Grauert a. a. O., S. 24 ff.

das gegenseitige Verhältnis beider Familien nicht selten hier durch den Umstand völlig verwirrt, dass beider Besitz aus ein und derselben Quelle stammte und infolge davon die beiderseitigen Rechtsansprüche vielfach zweifelhaft waren. Bekanntlich schrieben sich die Eigengüter der Welfen sowie der Askanier in Engern zu einem grossen Teile aus der Erbschaft des Herzogs Magnus von Sachsen her, von dessen Erbtöchtern die eine den Herzog Heinrich den Schwarzen von Bayern, die anderen den Grafen Otto von Ballenstedt zum Gemahl gehabt hatte. Durch diese Töchter des Herzogs Magnus kamen die billungischen Hausgüter, die zumeist in Engern gelegen waren, teils an die Welfen, teils an das anhaltinische Grafenhaus <sup>1)</sup>. So waren Welfen und Askanier z. B. in der Gegend von Minden an der Weser gemeinsam begütert, eine Thatsache, welche sich auf die gemeinsame billungische Erbschaft zurückführen lässt <sup>2)</sup>. Auch ist neuer-

1) Vgl. die Stammtafel:



2) Mitglieder beider Familien, namentlich der Graf Dietrich von Werben, ein Sohn Albrechts des Bären, und der Pfalzgraf Heinrich, machen dem Kloster Obernkirchen Schenkungen von meist in denselben Ortschaften belegenen Gütern. Für die Askanier s. v. Heine- mann, Cod. dipl. Anhalt. I, p. 447; Hamburg. Urkundenb. I, S. 226 u. 229. Schenkungen des Pfalzgrafen Heinrich s. Orig. Guelf. III,

dings wieder mit Entschiedenheit hervorgehoben worden, wie diese Abstammung der Askanier von den billungischen Herzögen auch von Einfluss darauf gewesen ist, dass nach dem Sturze Heinrichs des Löwen das Herzogtum Sachsen gerade an die Nachkommen der zweiten Tochter des Herzogs Magnus verliehen wurde <sup>1)</sup>. Schon der Vater des Markgrafen Albrecht, Graf Otto von Ballenstedt, dann aber vor allem Albrecht der Bär selbst haben zu verschiedenen Malen auf das sächsische Herzogtum, sobald es erledigt war, Anspruch erhoben, und gelegentliche Andeutungen der Schriftsteller weisen darauf hin, dass dieser Anspruch sich allein oder doch vornehmlich auf ihre Abstammung von dem Billunger Magnus gründete <sup>2)</sup>. So kommt es denn, dass wir,

p. 650 u. 651; Aspern, Cod. dipl. Hist. com. Schauenburg. II, p. 10; Wippermann, Urkundenbuch des Stiftes Obernkirchen, S. 11—12. Spätere Urkunden beider Familien s. bei Wippermann a. a. O., S. 20 ff. Den gemeinsamen Besitz der Askanier und Welfen in den engrischen Gegenden bezeugt auch eine Urkunde des Bischofs Anno von Minden über die Bewidmung des Klosters Lamspringe durch den Herzog Heinrich den Löwen und den Markgrafen Albrecht den Bären vom 12. Dezember 1182 bei v. Heine mann, Cod. dipl. Anhalt. I, p. 457, no. 617. Dort heisst es: „quatenus ea, quae nobilissimi principes Henricus dux et Adelbertus marchio in ecclesia Apelderen“ (Appeldorn, Bistum Minden; vgl. Böttger, Diöcesan- und Gaugrenzen II, S. 110) „hereditaria successione obtinuerunt quaeque Lamspringensis ecclesiae, quae in Hildeseimensi episcopatu sita est, voluntaria largitione . . . contulerunt, episcopali nostro privilegio confirmaremus.“

1) Jüngst wieder von Grauert a. a. O., S. 160. Doch hatten schon v. Heine mann (Albrecht der Bär, S. 115 und 120) und Krantz (Saxonia, Buch VI, c. 38, p. 140) darauf hingewiesen.

2) Um schon Vorgebrachtes nicht noch einmal zu wiederholen, so sehe ich namentlich auch in einer Notiz der Chronica principum Saxoniae (SS. XXV, p. 476), in der es bei der Erwähnung der Verleihung des Herzogtums Sachsen an den Askanier Bernhard heisst: „et sic ducatus Saxoniae de semine Wulphildis ad semen Eilicae transivit“, eine Bestätigung der Vermutung, dass bei der Verleihung des Herzogtums Sachsen zunächst auf die Nachkommen der alten sächsischen Herzöge Rücksicht genommen worden ist. Dasselbe scheint mir eine Stelle bei Heinrich von Herford ed. Potthast, p. 155 anzudeuten, welche lautet: „Si quidem Henricus Niger dux Bawarie

wo Welfen und Askanier in Rechtsansprüchen mit einander konkurrieren, öfter schwer festzustellen vermögen, ob sie als Inhaber, beziehungsweise Präbendaten der Herzogsgewalt oder als Erben der billungischen Allodialgüter die in Frage stehenden Rechte in Anspruch nehmen. Dies ist unter anderen der Fall bei dem Anspruch, den beide Geschlechter auf die Propstei und Stadt Wildeshausen erhoben.

In mehreren Urkunden hat der Pfalzgraf Heinrich seine Hoheitsrechte über die Kirche von Wildeshausen geltend gemacht. Er bezeichnet das Stift als unter seiner Oberhoheit stehend<sup>1)</sup>, nimmt das Recht der Bestätigung von Schenkungen sächsischer Fürsten und Herren, wie z. B. des Bischofs von Osnabrück, für sich in Anspruch<sup>2)</sup> und beruft sich bei Gelegenheit der Bewidmung des Klosters mit einigen Gütern auf seine Abstammung von den Gründern und Dotatoren des Stiftes<sup>3)</sup>. Er betrachtet sich also als Nachkomme

ex Wulphilde uxore sua genuit Henricum Catulum, qui duxit Gertrudim, filiam Luderi vel Lotharii imperatoris, et genuit ex ea Henricum Leonem. Qui ex patre obtinuit ducatum Bayoarie et Saxonie, ex matre hereditatem Brunswic. Pater enim eius fuit filius Henrici Nigri ducis Bajoarie et Wulphyldis, filie Magni ducis Saxonum. Unde pervenerunt ad eum ducatus Saxonie et Bajoarie.“ Es sieht also der Verfasser dieser Stelle offenbar in der Abstammung von dem Herzoge Magnus den Grund, weshalb das Herzogtum Sachsen an das Haus der Welfen kam. Auf die hier beigebrachten Angaben ist aber um so mehr Gewicht zu legen, als sie beide aus einer alten sächsischen Chronik gelassen sind.

1) Zeitschrift für vaterländische Geschichte und Altertumskunde, herausgegeben von dem Verein für Geschichte und Altertumskunde Westfalens; alte Folge VI, S. 236: „quum ecclesiis, que in nostra ditione constitute sunt, sic teneremus preesse, ut etiam ipsis videamur prodesse“ etc.

2) Ebd. Er schenkt in einer undatierten Urkunde der Kirche von Wildeshausen ein Gut zu Goldenstedt und bestätigt zugleich derselben Kirche den Novalzehnten zu Grat, den der Bischof Gerhard von Osnabrück der Kirche verliehen hat. Die Urkunde dieses Bischofs s. ebd., S. 235.

3) Ebd., S. 240. Heinrich schenkt im Jahre 1215 dem Stifte Acker zu Rechtervelde und erklärt in dieser Urkunde, dass er die

jenes Enkels Widukinds, Waltbert, dem Wildeshausen bekanntlich seine Gründung verdankte: ein Beweis dafür, dass auch die Welfen wie die Billunger den Ruhm widukindischer Abstammung für sich in Anspruch nahmen<sup>1)</sup>. Im Jahre 1219 schliesslich verzichtete Heinrich von Braunschweig in dem Verträge mit Bremen über die Grafschaft Stade auch auf die Propstei Wildeshausen<sup>2)</sup>. Bald nach seinem Tode aber tritt uns auch ein Anspruch der Askanier auf Wildeshausen entgegen<sup>3)</sup>. Da nun auch der Kaiser Lothar nach einer Urkunde vom Jahre 1135 in dem Besitze der Ober-

Schenkung vorgenommen habe: „patrum nostrorum, qui Wildeshusensem ecclesiam fundaverunt et prediis suis dotaverunt, vestigiis inherendo“.

1) Einen schriftstellerischen Bericht über die Gründung von Wildeshausen besitzen wir in der Translatio S. Alexandri, die Stiftungs-urkunde ist gleichfalls erhalten und gedruckt u. a. bei Wilmans, Kaiserurkunden Westfalens, S. 532a. Vgl. auch daselbst den Exkurs über Wildeshausen, S. 388 ff. Mit Wilmans a. a. O., S. 401 aus den angeführten Urkunden den Schluss zu ziehen, dass die Billunger und somit auch die Welfen und Askanier wirklich Abkömmlinge des widukindischen Hauses gewesen sind, ist wohl etwas gewagt. Alle drei Geschlechter suchten sich nur den Ruhm solcher Vorfahren zu vindizieren; s. Grauert a. a. O., S. 48, Anm. 4. Es scheint mir dieser Umstand wiederum für die Vermutung zu sprechen, dass bei der Besetzung des Herzogtums Sachsen die Abstammung von den früheren Inhabern der herzoglichen Gewalt berücksichtigt und den Nachkommen der alten sächsischen Herzöge eine Art von Vorrecht auf die Würde ihrer herzoglichen Vorfahren eingeräumt worden ist. Wie Welfen und Askanier ihren Anspruch auf das Herzogtum Sachsen von ihrer Abstammung von den Billungern herleiteten, so wollten auch die letzteren wiederum ihr näheres Anrecht an den ducatus Saxoniae in ihrer Verwandtschaft mit dem widukindischen Hause begründen. Diese Tradition der billungischen Familie suchten natürlich auch die Welfen und Askanier ad maiorem gloriam ihres Hauses aufrecht zu erhalten.

2) Hamburg. Urkundenb., Nr. 432.

3) Albrecht, Herzog von Sachsen, verzichtete in dem Verleiche, den er mit Bremen über Hamburg, Dithmarschen, den Sachsenwald u. a. abschloss, auch auf die Propstei Wildeshausen; Hamburg. Urkundenb., Nr. 491.

herrlichkeit über das Wildeshäuser Kloster zu sein scheint und den Herzog Magnus von Sachsen als früheren Inhaber der Oberhoheit über das Stift bezeichnet, so hat man neuerdings angenommen, die Wildeshäuser Propstei sei eine Pertinenz des Herzogtums Sachsen gewesen, weil dieselbe auf Lothar durch Erbgang nicht übergegangen sein könne, vielmehr habe dieser beides, Herzogtum und Stift, von König Heinrich V. auf Grund seiner widukindischen Abstammung empfangen. Somit würde sich in den Ansprüchen, welche Welfen und Askanier nach dem Tode Heinrichs des Löwen auf Wildeshausen erhoben, der Kampf beider Geschlechter um das Herzogtum Sachsen widerspiegeln, den wir in einzelnen Spuren noch weiter zu verfolgen haben werden. Da nach meiner Ansicht aber die Urkunde Lothars, wenn sie überhaupt echt ist, von demselben nicht als Herzog von Sachsen ausgestellt sein kann, so müssen wir uns in diesem Falle bescheiden, nicht feststellen zu können, aus welcher Quelle das Anrecht der Welfen und Askanier auf die Propstei Wildeshausen stammt <sup>1)</sup>. Denn schon wir von der Urkunde Lothars ab, so steht der Annahme, dass das Stift Wildeshausen ein billungisches Erbgut gewesen, kein stichhaltiger Grund entgegen. Aus den späteren Urkunden, welche das Verhältnis der Welfen und Askanier zu Wildeshausen betreffen, geht nur so viel hervor, dass nach dem Pfalzgrafen Heinrich auch Otto das Kind auf die Wildeshäuser Propstei verzichtete <sup>2)</sup> und dass dann erst der Askanier Albrecht, vielleicht weil er nunmehr der einzige war, der an dem aus der billungischen Erbschaft stammenden Gut einen Schein des Anrechts haben konnte, gleichfalls seine Rechtsansprüche

1) Siehe über die Urkunden Lothars vom Jahre 1135 Exkurs IV. Die gegnerische Ansicht bei Grauert a. a. O., S. 44—52.

2) Urkunde Bischofs Gerhard von Bremen vom Jahre 1231 bei Scheid, Biblioth. hist. Götting. Vorber., p. XX: „nosse volumus . . . quod cum honorabilis vir dominus Otto dux de Brunswie et postmodum Dominus Albertus dux Saxonie . . . cesserunt ac donaverunt nobis et ecclesiae nostrae omne jus, quod in collatione praepositurae de Wildeshusen habuerunt vel habebant“ etc.

auf Wildeshausen aufgab. Auch noch später hat man bremischerseits auf die Verzichtleistung des welfischen Hauses den meisten Wert gelegt. Dieses geht daraus hervor, dass noch Albrecht der Grosse im Jahre 1279 und dessen Neffe Herzog Otto der Strenge von Lüneburg im Jahre 1280 unter ausdrücklicher Berufung auf das Privileg ihres Vaters, beziehungsweise Grossvaters Ottos des Kindes der Bremer Kirche den Besitz von Wildeshausen bestätigt haben <sup>1)</sup>, während wir von einer Wiederholung des Verzichtes der Askanier nichts wissen. Stammt demnach, wie dieses in dem allerdings ziemlich späten Güterverzeichnis der Bremer Kirche vom Erzbischofe Johann Rohde behauptet wird <sup>2)</sup>, das Anrecht an die Propstei Wildeshausen aus der herzoglichen Gewalt Sachsens, so erkennen wir hieraus, mit welchem Erfolge die Welfen in dem Streben nach der Herzogsmacht in Sachsen den Askaniern entgegenzutreten vermochten. Denn das Bremer Erzstift betrachtete augenscheinlich die Nachkommen Heinrichs des Löwen als eigentliche Inhaber der Propstei Wildeshausen. Erst nachdem diese ihre Ansprüche auf jenes Gut aufgegeben hatten, suchte die Bremer Kirche auch den Herzog Albrecht von Sachsen, dessen Verfahren, so viel wir wissen, nie ihr Anrecht an das Stift Wildeshausen zur Geltung zu bringen vermochten, zur Aufgabe seiner Rechtsansprüche zu bestimmen.

Aber auch abgesehen hiervon lassen sich manche Spuren von einer herzoglichen Thätigkeit der Welfen, zumal des Pfalzgrafen Heinrich, in Engern nachweisen. So bestätigt, um gleich das augenfälligste Beispiel hervorzuheben, Herzog Heinrich von Sachsen und Pfalzgraf bei Rhein dem in der

1) Sudendorf, Urkundenbuch der Herzöge von Braunschweig und Lüneburg I, S. 57, Nr. 90 u. 91.

2) Leibnitz, SS. rer. Brunsw. II, p. 264: „Item praesentatio praepositurae S. Alexandri Wildeshusen quondam spectare solebat ad ducem Saxoniae.“ Ob aber dieser späten Nachricht — Johann Rhode war 1497—1511 Erzbischof von Bremen — ein solches Gewicht beizulegen ist, wie dieses Grauert a. a. O., S. 49 thut, scheint mir zweifelhaft zu sein.

Mindener Diöcese gelegenen Kloster Schinna eine Schenkung des Mindener Kanonikus Arnold von Schinna, nämlich Freigüter in den zur Grafschaft Hoya gehörigen Ortschaften Schinna und Alemoltere, kraft königlicher und eigener Machtvollkommenheit <sup>1)</sup>. Die Bestätigung kraft königlicher Gewalt könnte man aus des Pfalzgrafen Reichsverweseramte erklären. Dagegen zeigt der weitere Zusatz „aus eigener Machtvollkommenheit“, dass Heinrich von Braunschweig das Bestätigungsrecht von Gütern des genannten Benediktinerklosters nicht nur aus der ihm vom Kaiser verliehenen Ausnahmestellung herleitete, sondern dass er dazu auch ohne diese berechtigt zu sein glaubte. Da aber solche Bestätigungen, wenigstens zur Zeit Heinrichs des Löwen, in den westfälischen und namentlich den engerischen Gegenden dem Herzoge von Sachsen zustanden, so scheint hier ein Eingriff vonseiten des Pfalzgrafen Heinrich in die Rechte der askanischen Fürsten vorzuliegen, welchen in diesen Teilen Sachsens das Herzogtum verliehen worden war. Unsere Ansicht wird im vorliegenden Falle durch die urkundlichen Zeugnisse einer späteren Zeit bestätigt. Aus einer Urkunde vom 24. Dezember 1258 erfahren wir, dass der Graf Heinrich von Hoya auf Bitten des Magisters Arnold von Schinna, Kanonikers der Mindener Kirche, ein Vriding gehalten habe, in welchem der genannte Arnold verschiedene Freigüter in den Ortschaften Schinna und Alemoltere denjenigen, welche darauf etwa Anspruch zu haben meinten, zum Kauf angeboten habe. Da sich niemand meldete, so übertrug Arnold dieselben dem Kollegium des Klosters Schinna zu ewigem Eigentum. Diese Schenkung bestätigt der Graf von Hoya, nachdem er das Einverständnis seines Herrn, des Herzogs von Sachsen, aus dem von Arnold beigebrachten Briefe erhalten hatte, kraft eigener und des Herzogs von Sachsen Gewalt <sup>2)</sup>. Anderseits wurde in einer vom 5. April 1274 datierten Urkunde zu Lauenburg demselben Kloster durch

<sup>1)</sup> v. Hodenberg, Hoyer Urkundenb., Abt. VII, Nr. 12, S. 9.

<sup>2)</sup> v. Hodenberg, Calenberg. Urkundenb., Abt. VII, Nr. 41.

den Herzog Albrecht von Sachsen, Engern und Westfalen eine Schenkung von anderthalb Hufen zu Schinna und ebenso viel Hufen zu Alemoltere unter Einwilligung und Zustimmung des Grafen Heinrich von Hoya bestätigt, welche gleichfalls von einem Magister Arnold von Schinna, einem Kanoniker der Mindener Kirche, ausging <sup>1)</sup>. Es ist kaum zweifelhaft, dass wir es in beiden Fällen mit ein und derselben Schenkung jenes Arnold von Schinna zu thun haben, der schon Pfalzgraf Heinrich im Jahre 1226 seine Bestätigung erteilt hatte. Die betreffenden Güter Arnolds von Schinna aber erweisen sich nach der Urkunde vom Jahre

<sup>1)</sup> v. Hodenberg, Calenberg. Urkundenb., Abt. VII, Nr. 53. Zu bemerken ist, dass die Urkunde Albrechts von Sachsen, welche vom 5. April 1274 datiert ist, in dieser Zeit kaum ausgestellt sein kann. Wir können nämlich für Sachsen, namentlich aber für Westfalen, eine über die territoriale Gewalt hinausgehende Oberhoheit der Herzöge von Sachsen nur für die lauenburgische Linie nachweisen (Grauert a. a. O., S. 34 ff.). Zur Zeit der Ausstellung unserer Urkunde gab es aber keinen Herzog von Sachsen-Lauenburg Namens Albrecht, welcher die Bestätigung der Schenkung des Kanonikers Arnold hätte vornehmen können (vgl. Voigtel-Cohn, Stammtafeln, Nr. 58). An den Wittenberger Albrecht II., der allerdings zu jener Zeit regierte, kann nach dem eben Gesagten nicht gedacht werden. Ausserdem deutet der Ausstellungsort unserer Urkunde auf die Lauenburger als Bestätiger der Schenkung. Ich glaube daher annehmen zu dürfen, dass sich in die Jahreszahl der Urkunde ein Irrtum eingeschlichen hat und dass die letztere von dem Herzoge Albrecht I. von Sachsen, dem Sohne Herzogs Bernhard, ausgestellt worden ist. Das Jahr selbst ist schwer zu bestimmen, doch halte ich dafür, dass die Urkunde des Herzogs Albrecht ungefähr in die Zeit gefallen sein wird, in welcher der Graf von Hoya die Bestätigung der Schenkung Arnolds von Schinna vorgenommen hat. Das scheint mir deshalb wahrscheinlich, weil sowohl der Graf von Hoya auf eine urkundliche Bestätigung des Herzogs Albrecht von Sachsen als auch der Herzog Albrecht auf eine Einwilligungsurkunde des Grafen von Hoya Bezug nimmt. Die auffallende Thatsache, dass zwischen der ersten und letzten Bestätigung der Schenkung ein Zeitraum von 48 Jahren liegt und in beiden Urkunden des Mindener Kanonikers Arnold als eines noch Lebenden gedacht wird, dürfte gleichfalls für einen Irrtum in der Datierung der Urkunde von 1274 sprechen.

1226 als Erb- und Freigüter. Man kann daher das Bestätigungsrecht des Herzogs von Sachsen nur aus der ihm zustehenden herzoglichen Obergewalt ableiten. Aus diesen eng zusammenhängenden Urkunden geht deutlich hervor, dass Welfen und Askanier besonders in der Grafschaft Hoya um die Ausübung herzoglicher Rechte mit einander gleichsam gerungen haben. Wir sehen aber auch, mit welchem Erfolge die Welfen in diesen Gegenden die von ihnen beanspruchten Rechte durchzuführen verstanden. Von dem Pfalzgrafen Heinrich erbat sich der Mindener Kanonikus zunächst die Bestätigung seiner Schenkung, und erst später wendet er sich mit demselben Gesuche an die rivalisierende Gewalt des Herzogs von Sachsen.

Das Streben des welfischen Hauses, mit den Askaniern in der Herzogsgewalt über Sachsen zu konkurrieren, unterstützte in nicht geringem Masse die Verleihung des Reichsvikariates an den Pfalzgrafen Heinrich, kraft dessen letzterer in die Angelegenheiten namentlich der westengerischen und angrenzenden westfälischen Lande bisweilen in einer Weise eingriff, wie es von rechtswegen nur die Befugnis des Herzogs von Sachsen gewesen wäre. Umfang und Bedeutung dieses dem Pfalzgrafen zeitweilig übertragenen Amtes lassen sich nicht genau feststellen, aber nach den vorhandenen Spuren muss man annehmen, dass der ihm erteilte Auftrag sich ausschliesslich oder doch vornehmlich auf Norddeutschland bezog. Und da springt sofort in die Augen, wie nahe es für Heinrich lag, denselben in dem angedeuteten Sinne auszubuten. Im Jahre 1226 gab ihm der Kaiser Friedrich II. den Auftrag, einen Streit zwischen dem Grafen Hildebold von Limmer und dem Bischofe von Minden zu schlichten<sup>1)</sup>, und zu der nämlichen Zeit wurde er kaiserlicherseits zum Schiedsrichter in der Fehde Bodos von Homburg mit dem Grafen Gerhard von Spiegelberg und dessen Verbündeten, Konrad von Hohenbüchen und Gisler von

1) Origg. Guelf. III, p. 686. B. F. 1646.

Ethsen, bestellt<sup>1)</sup>. Fast alle die hier genannten Personen waren im Mindener Sprengel angesessen und demgemäss der herzoglichen Gewalt der Askanier unterworfen. Sicher wäre es verfassungsmässig eher Sache des obersten Gerichtsherrn über diese Gegenden gewesen, die Streitigkeiten beizulegen und über den Landfrieden zu wachen.

Den Einfluss des Pfalzgrafen in diesen Gegenden mochte wohl auch der Umstand erhöhen, dass er namentlich nach Eintritt des deutschen Thronstreites in den Besitz von zahlreichen Kirchenlehen der westengerischen Bistümer und Abteien gekommen war. Zu Minden, Paderborn und Corvey stand er im Lehensverhältnisse<sup>2)</sup>. Zu den Paderborner Bischöfen mag ihm das Schenkenamt des Bistums, welches er bekleidete, in nähere Beziehungen gebracht haben<sup>3)</sup>. Sonst haben wir keine Spuren davon, dass es dem Pfalzgrafen Heinrich gelungen wäre, den Bistümern West-Engerns gegenüber höhere Rechte, z. B. Vogteigerechtsame, geltend zu machen. Dagegen können wir das Bestreben der Welfen, den Askaniern die Herzogsgewalt in diesen Gegenden Sachsens streitig zu machen, daraus erkennen, dass sie die von

1) Origg. Guelf. III, p. 687. B. F. 1647.

2) Minden und Corvey erwähnt der Pfalzgraf selbst in der Urkunde, in welcher er seinen Neffen Otto zu seinem Erben erklärte, als solche Stifter, von denen er Lehen besass. Dass dies auch mit dem Bistume Paderborn der Fall war, geht unter anderem aus einer Urkunde Bischofs Bernhard II. von Paderborn über einen Gütertausch zwischen dem Kloster Amelungsborn und der Paderborner Kirche hervor. Dort heisst es am Schlusse: „Factum est concambium hoc praesente et consentiente illustri Saxonum duce Heinrico, qui cum eandem decimam a nobis in beneficio possideret, eam resignavit et pro ea praedietum praedium in beneficium recepit.“ Die Urkunde ist undatiert, gehört aber wahrscheinlich in das Jahr 1204 und befindet sich im Amelungsborners Kopialbuche im Landes-Hauptarchiv zu Wolfenbüttel (I), fol. 34.

3) Urkunden des Bischofs Wilbrand von Paderborn vom Jahre 1227, in welchen derselbe bekundet, dass er dem Grafen Otto von Ravensberg „officium pincernatus, quod nobis de morte nobilis viri Hinrici ducis de Brunswik vacare dinoscitur“, zu Lehen gegeben habe; gedr. Wilmaus, Westfälisches Urkundenbuch III, S. 136.

Heinrich dem Löwen zum grössten Teil erst eingesetzten Lehengrafen, die nach der Teilung vom Jahre 1180 unter die Oberhoheit des askanischen Herzogtums gestellt wurden <sup>1)</sup>, in der Abhängigkeit von dem welfischen Hause zu erhalten versuchten. Viele niedere Grafengeschlechter jener Landschaften standen, wie bereits bemerkt <sup>2)</sup>, in einem Lehnverhältnisse zu den Welfen, und ihre nahe Verbindung mit dem welfischen Hause geht schon daraus hervor, dass wir Mitglieder derselben häufig als Zeugen in Urkunden Heinrichs des Löwen sowohl, wie namentlich seines Sohnes, des Pfalzgrafen Heinrich, antreffen, und zwar oftmals in Gegenden, wo man sie der Lage ihrer Grafschaft nach nicht erwartet, wie beispielsweise in Braunschweig und Stade <sup>3)</sup>. Das enge Verhältnis dieser Grafen- und Dynastengeschlechter zu dem welfischen Hause trat gar bald so sehr in den Vordergrund, dass auch ihre ursprüngliche Lehnabhängigkeit von dem Herzogtume Sachsen mehr und mehr verschwand und den welfischen Ansprüchen weichen musste. Schon oben haben wir an einem Beispiel das Ringen der Welfen und Askanier um die herzoglichen Hoheitsrechte in der Grafschaft Hoya gezeigt. In ähnlicher Weise zog sich der Kampf der beiden Fürstenhäuser um die Grafschaften zu beiden Seiten der Weser durch das ganze 13. und 14. Jahrhundert, bis in den meisten Fällen die Welfen als Sieger aus demselben hervorgingen. Am frühesten finden wir die welfische Oberhoheit über die Grafschaft Wölpe anerkannt, die wohl von jeher, schon unter Heinrich dem Löwen und seinen nächsten Nachfolgern, in enger Verbindung zu den Welfen gestanden hatte <sup>4)</sup>. Ein ähnliches Schicksal hatten dann die Herr-

1) Dass auch die in dem Herzogtum Sachsen belegenen Komitate mit der Teilung von 1180 auf die Askanier übergingen, hat Grauert, S. 53 ff. sehr wahrscheinlich gemacht.

2) Siehe oben, S. 8 u. 9.

3) Siehe unten, S. 50.

4) Am 30. Januar 1302 wird die Grafschaft von dem Grafen Otto von Oldenburg an den Herzog Otto von Braunschweig verkauft

schaften Hoya, Wunstorf, Oldenburg, Schauenburg, Dassel und andere. Auch bei ihnen überwog allmählich das Lehnverhältnis zu den Herzögen von Braunschweig, verwischte die Ansprüche des askanischen Hauses und führte endlich zur Ausbildung der territorialen Herrschaft des braunschweigisch-lüneburgischen Herzogtums. Als der am 13. Dezember 1414 für den Herzog Erich von Sachsen-Lauenburg vom Könige Sigismund ausgestellte Lehnbrief, in welchem die Grafschaft Holstein, das Land Stormarn, die Grafschaft Schwerin, die Herrschaften Schauenburg, Lippe, Hoya, Nienburg, Warmenau, Bruchhausen, Hodenhagen, Wunstorf und Vörde als sächsisch-lauenburgisches Lehen bezeichnet waren <sup>1)</sup>, zwölf Jahre später als erschlichen kassiert wurde, da hob man als Zeichen der Unechtheit und als Grund der Kassation ausdrücklich hervor, dass viele der in dem Briefe dem Herzoge von Sachsen zugeschriebenen Lehen anderen Fürsten zuständig seien <sup>2)</sup>: ein Beweis, dass die Abhängigkeit dieser Lehen von den Herzögen von Sachsen-Lauenburg zu dieser Zeit zum grössten Teil bereits völlig verschwunden war.

Auch in der Verdener Diöcese hat der Pfalzgraf Heinrich von Braunschweig mit den Herzögen von Sachsen in der Ausübung herzoglicher Rechte konkurriert, indem er auch hier die Oberherrlichkeit über die von den Askaniern abhängigen Grafschaften in Anspruch nahm. In einer wahrscheinlich im Jahre 1219 ausgestellten Urkunde erklären die Grafen Heinrich von Hoya, Heinrich von Oldenburg und Ludwig von Bruchhausen, dass unter dem Vorsitze Ludwigs von Bruchhausen in dessen Grafschaft an dem Orte Note jenseits des Flusses Weste die Edelfrauen Alena und Algisa

(s. Sudendorf, Urkundenbuch der Herzöge von Braunschweig und Lüneburg I, S. 98, Nr. 167) und in dem Lehnregister des Bischofs Gottfried von Minden (1304—1324) als Mindener Lehen des Herzogs von Lüneburg aufgeführt (Sudendorf a. a. O., S. 106, Nr. 184); vgl. Weiland a. a. O., S. 106.

1) Lünig, Reichsarchiv Pars spec. Cont. II, Forts. II, p. 354; vgl. Sudendorf, Urkundenbuch VII, Einleitung, S. LXXXIX.

2) v. Hodenberg, Hoyer Urkundenbuch I, Nr. 561.



von Westen mit Einwilligung ihrer Mutter ihr väterliches und grossväterliches Erbteil dem Bischofe und der Kirche von Verden zu freiem Eigentum übergeben haben. Bei dieser Gelegenheit verbürgten sich Dietrich von Depenau, Werner von Werder, Albrecht von Engelnstedt und Krachto von Ebbelenstedt den genannten drei Grafen gegenüber für den ältesten Sohn der Alena und Dietrichs von Depenau in der Weise, wie sie dies bereits zu Braunschweig vor dem Pfalzgrafen Heinrich gethan hatten<sup>1)</sup>. Die Güter, welche hier übertragen werden, sind offenbar Frei-, nicht Lehengüter. Das Gericht scheint ein Grafengericht gewesen zu sein, da es unter dem Vorsitze des Grafen Ludwig von Bruchhausen abgehalten wurde, und ist vermutlich identisch mit jenem Freigerichte, welches nach einer Urkunde vom Jahre 1211 von dem derzeitigen Freigrafen Ludwig von Bruchhausen gehegt wurde<sup>2)</sup>. Es war daher einzig die Aufgabe des höchsten Gerichtsherrn im Lande, d. h. des Herzogs von Sachsen, den im Grafengerichte vorgenommenen Rechtsakt durch die Autorität seiner Beistimmung zu schützen und sicherzustellen. In der Ausübung solcher Befugnisse hatte sich die Herzogsgewalt Heinrichs des Löwen, besonders in den engerischen Gegenden, geäussert<sup>3)</sup>, und wir haben bei der oben angeführten Übertragung von Gütern in Schinna und Alemoltere im Freigerichte des Grafen von Hoya gesehen, dass auch die Nachfolger Heinrichs des Löwen in der Herzogsgewalt über Engern, die askanischen Herzöge, diese Gerichtsgewalt über die engerischen Grafengerichte aufrecht zu erhalten versuchten. Wie aber schon in der Freigrafschaft des Grafen von Hoya ein Anspruch des Pfalzgrafen Heinrich auf das Bestätigungsrecht der Herzöge von Sachsen uns entgegentrat, so übt auch in unserem Falle

1) Zweimal gedr. bei v. Hodenberg, Hoyer Urkundenbuch, Abt. I, S. 3, Nr. 4 und Abt. VIII, S. 53, Nr. 43.

2) Vgl. v. Hodenberg, Hoyer Urkundenbuch, Abt. II, Nr. 11, S. 9f.

3) Vgl. Weiland a. a. O., S. 135: 7. Minden.

Heinrich von Braunschweig widerrechtlich herzogliche Befugnisse aus. Am 7. November 1219 gab der Pfalzgraf zu Braunschweig, in der Kirche des heiligen Blasius, vor einer zahlreichen Versammlung seine Einwilligung zu der erwähnten Übertragung des Erbgutes der Edelfrauen Alena und Algisa von Westen an die Verdener Kirche und bestätigte den durch Eidesleistung und Stellung von Bürgen gesicherten Vertrag unter Königsbann und kraft der ihm übertragenen Machtvollkommenheit laut Rechtsspruches, der von allen Anwesenden gebilligt worden war<sup>1)</sup>. Wie aus der Urkunde hervorgeht, leitet Heinrich von Braunschweig seine Kompetenz zur Vornahme dieser Rechtshandlung aus der ihm zu Goslar von Friedrich II. übertragenen Reichslegation ab<sup>2)</sup>. Allein er hat offenbar diese Befugnisse benutzt, um sich andere mit diesem Amte nicht verbundene Rechte anzumassen. Hätte er nur als königlicher Stellvertreter fungiert, so würde es ihm höchstens obgelegen haben, die Güterübertragung, nachdem dazu die Einwilligung des Herzogs von Sachsen eingeholt war, kraft seiner königlichen Autorität zu bestätigen<sup>3)</sup>. Dies geschieht aber in unserem Falle nicht. Hier findet die Verhandlung des ganzen Rechtsgeschäftes zunächst vor dem Pfalzgrafen statt, und erst,

1) Hoyer Urkundenbuch, Abt. I, S. 5, Nr. 5.

2) „Coram nobis fungentibus vice gloriosi domini nostri F. Romanorum regis electi et semper augusti nec non regis Sicilie secundum plenitudinem iurisdictionis nobis date ab ipso Goslarie.“

3) Überhaupt muss man auf die Stellvertretung der königlichen Gewalt nicht zu viel Gewicht legen. Solche Ausnahmestellungen wurden häufig vorgeschoben, auch wo sie gar nicht am Platze und berechtigt waren. So konfirmiert z. B. im Jahre 1214 der Erzbischof Albrecht von Magdeburg die zu Mühlingen vor dem Landgerichte des Grafen Baderich von Mühlingen geschehene Bestätigung eines Kaufes von Gütern zu Hiernede seitens des Nikolaistiftes zu Magdeburg als Legat des römischen Stuhles kraft der ihm vom Papste verliehenen Machtvollkommenheit, obgleich doch dieses Amt Albrechts mit der Vornahme des Rechtsgeschäftes auch nicht im entferntesten in Zusammenhang steht; vgl. v. Heinemann, Cod. dipl. Anhalt. II, p. 10, no. 11.

nachdem dieser seine Einwilligung und Bestätigung erteilt hat, kann die Übertragung vor dem heimatischen Freigerichte geschehen. Wir haben also, wie schon bemerkt, hier dasselbe Verhältnis wie in der Freigrafschaft des Kirchspiels Schinna. Auch dort konnte die Übertragung der Eigengüter des Kanonikus Arnold vor dem Freigerichte des Grafen von Hoya erst rechtskräftig werden, nachdem der Donator den Beweis von der Einwilligung des Lehnsherrn der Freigrafschaft, zu welcher das Kirchspiel Schinna gehörte, beigebracht hatte. Es ist daher der Schluss gestattet, dass der Pfalzgraf Heinrich lehnrechtliche Ansprüche auf die Freigrafschaft des Grafen Ludwig von Bruchhausen erhoben, dass er demgemäss den Herzögen von Sachsen, denen allein in diesen Gegenden die Oberlehnsherrlichkeit über die mit ihrem Herzogtume verbundenen Grafschaften zukam, unter dem Vorwande des ihm verliehenen Reichsvikariats in der Ausübung herzoglicher Befugnisse Konkurrenz gemacht hat. Diese Annahme unterstützt ferner der Umstand, dass wir auch in späterer Zeit noch den Kampf der Welfen und Askanier um die sogenannte krumme Grafschaft, welche höchst wahrscheinlich mit dem Freigerichte der Grafen von Bruchhausen an dem Orte Note identisch ist, verfolgen können<sup>1)</sup>. Die von dem Pfalzgrafen vorgenommene Rechtshandlung wurde denn auch ohne weiteres vor dem Freigerichte der Grafen von Bruchhausen anerkannt, wie aus der bereits oben angezogenen Urkunde der Grafen von Hoya, Oldenburg und Bruchhausen erhellt, in welcher ausdrücklich auf die Verhandlungen vor dem Pfalzgrafen Heinrich zu Braunschweig Bezug genommen wird. Daneben haben freilich die Askanier in der Diöcese Verden die ihnen zustehenden herzoglichen Rechte festzuhalten versucht, wie unter anderem aus einer vom 22. Oktober 1283 datierten Urkunde des Herzogs Albrecht von Sachsen hervorgeht. In dieser Ur-

1) Vgl. v. Hammerstein, „Die ältesten Gerichte im Stifte Verden“ u. s. w., in der Zeitschrift des historischen Vereins für Niedersachsen, Jahrg. 1854, bes. S. 78 ff.

kunde verzichtet derselbe auf den Rest seiner Hoheitsrechte, nämlich auf den Freibann in den Goen Nyenkerken und Hellewede<sup>1)</sup>. Fünf Jahre später aber übertrug er gleichfalls am 22. Oktober auch das Eigentum der Gografschaften in Verden, Dörverden, Schneverdingen, Visselhövede und Schnes- sel dem Verdener Bistum<sup>2)</sup>. Es sind dieses die Überreste der alten Grafschaften dieser Gegend, welche mit dem Herzogtum auf die Askanier übergegangen waren und welche diese trotz der Rivalität der Welfen bis dahin glücklich behauptet hatten.

Noch eine weitere Spur ist uns von dem Bestreben des welfischen Hauses erhalten, dem Verdener Bischofe gegenüber gewisse Rechte zur Geltung zu bringen, welche ihm, streng genommen, nicht zustanden. Otto das Kind erklärt in einer am Tage des heiligen Briccus (13. November) 1244 ausgestellten Urkunde, dass er allem ungerechten und ungebührlichen Ansprüche auf Güter der Verdener Kirche entsage, den er unter demselben Vorwande, wie ihn sein Oheim der Herzog und Rheinpfalzgraf Heinrich anzuführen pflegte, erhoben habe<sup>3)</sup>. Nun wissen wir freilich nicht, welcher Art diese Ansprüche der Welfen gewesen sind, allein der letzte Zusatz, dass dieselben von Otto unter dem Vorwande, den der Pfalzgraf Heinrich in der Regel vorgeschoben habe, aufrecht erhalten worden seien, lässt vermuten, dass es sich dabei nicht um einzelne Güter, sondern um einen Rechtsanspruch von grösserer und umfassenderer

1) v. Hodenberg, Verdener Geschichtsquellen, S. 152.

2) Ebd., S. 154. Beide Schenkungen werden erwähnt in dem Chr. episc. Verdensium ap. Leibnitz SS. rer. Brunsw. II, p. 219.

3) v. Hodenberg, Verdener Geschichtsquellen, S. 112 — 113: „ . . . Otto dux de Brunswie. . . Omnibus in perpetuum. Confite-ntes protestamur, quod in omni exactione illa et impetitione et petitione indebita et injusta, quam in bona ecclesie Verdensi pertinencia, cui obligati sumus debito vassallie, fecimus pretextu illius, quod patruus noster Henricus dux palatinus Reni consuevit facere exactiones hujus- modi in ecclesiam, recognoscimus non justiciam per omnia non ha- bere, unde ab eis resipiscimus et cessamus.“

Bedeutung gehandelt habe. Der ganze Tenor der Urkunde, so sehr sich dieselbe in allgemein gehaltenen Ausdrücken bewegt, scheint darauf hinzudeuten <sup>1)</sup>, und dazu kommt, dass bereits des Pfalzgrafen Ahne, der Herzog Lothar, und sein Vater im Besitze der Schutzvogtei über das Bistum Verden gewesen sind. Von jenem ist dies urkundlich bezeugt <sup>2)</sup>, und wenn auch inbezug auf Heinrich den Löwen ein solches direktes Zeugnis fehlt, so ist doch mit Bestimmtheit anzunehmen, dass er sich ein so wichtiges, mit der herzoglichen Gewalt in Sachsen enge verknüpftes Amt nicht habe entziehen lassen. Dass er wenigstens herzogliche Rechte über das Stift Verden geltend gemacht hat, geht aus einer Verdener Urkunde hervor, in welcher es in der Datierungszeile heisst: „als Heinrich der Jüngere das Herzogtum Sachsen und Bayern verwaltete“ <sup>3)</sup>. Nach alledem glauben wir annehmen zu dürfen, dass der Pfalzgraf Heinrich die Ansprüche seines Hauses auf die Stiftsvogtei über Verden oder wenigstens über einen Teil der Güter dieses Bistums aufrecht erhalten und durchzuführen versucht hat.

1) „Confitemur protestamur, quod in omni exactione illa et impetitione et petitione indebita et injusta . . recognoscimus nos justiciam per omnia non habere . . Ut autem deus propicietur et ecclesia memorata nobis indulgeat et ignoret sicubi in exactionibus indebitis ipsum videmus indebite molestasse, volumus dictam ecclesiam ex nunc aliquibus exactionibus vel violenciis seu injuriis deinceps infestare immo potius ab omni infestante et impugnante eam . . tueri et defendere ut tenemur.“ Vgl. auch die Urkunden über die Befreiung des Stiftes Verden von der Vogtei der Herren von Waneberg, in denen dieselben Ausdrücke wiederkehren, bei Hodenberg, Verdener Geschichtsquellen, S. 72—90.

2) Bischof Dietmar von Verden nimmt am 28. September 1123 einen Gütertausch vor „duce glorioso Saxonico Ludegero advocato videlicet Verdensi assidente“ (s. v. Hodenberg, Verdener Geschichtsquellen, S. 37), und in einer Schenkungsurkunde desselben Bischofs aus dem Jahre 1143 heisst es: „sub testimonio ducis Liuderi, qui tunc advocatus erat ecclesie“ (ebd., S. 39—40).

3) Orig. Guelf. III, p. 477: „Henrico juniore tam Saxonie quam Bawarie ducatum tenente.“

Dieses führt uns noch auf eine andere Vermutung. Wir wissen, dass die unmittelbare Ausübung der Vogtei in der Stadt Verden und in der nächsten Umgebung derselben in der Hand der Herren von Waneberg sich befand. Diese verwalteten ihr Amt unter beständigem Proteste vonseiten der Verdener Bischöfe und hatten sich von der bischöflichen Gewalt fast völlig freizumachen verstanden. Erst nach dem Tode Konrads von Waneberg gelang es dem Bischofe Iso mit grossen Opfern die Söhne desselben zur Verzichtleistung auf alle Lehensansprüche zu bestimmen, welche dieselben auf die Vogtei über Verden sowohl innerhalb als ausserhalb der Stadt erhoben <sup>1)</sup>. Diese Verwalter der Verdener Vogtei gehörten aber einem welfischen Ministerialengeschlechte an. Jener Konrad von Waneberg, der mit solchem Erfolge trotz aller gegnerischen Bemühungen der Verdener Bischöfe die Vogtei zu behaupten wusste, wird ausdrücklich als ein Dienstmann des Pfalzgrafen Heinrich bezeichnet <sup>2)</sup>. Da aber

1) Urkunde vom 5. Juni 1230 bei v. Hodenberg, Verdener Geschichtsquellen, S. 80. Schon am 13. Januar 1223 hatte sich Iso nach dem Tode des Vogtes Konrad von Waneberg die Lehenabhängigkeit der Vogtei vom bischöflichen Stuhle durch den Papst Honorius IV. bestätigen lassen; s. ebd., S. 72 u. 73. Vgl. auch das Testament des Bischofs Iso, in welchem er gleichsam das Resultat seiner Verwaltung des Verdener Stiftes zusammenfasst; ebd., S. 90 ff. Interessant ist es, dass das Streben, die Stiftsgüter von der überhandnehmenden Gewalt der Vögte zu befreien, in den meisten sächsischen Bistümern gleichzeitig auftritt. So kaufte im Jahre 1226 Bischof Friedrich von Halberstadt dem Vogte Dietrich von Suselitz „advocationem et iudicium totius civitatis suae et quantum cumque extra civitatem in territorio sive in campo existit“, für 150 Mark halberstädtischen Silbers ab; v. Ledebur, Archiv für Geschichtskunde Preussens XIII, S. 153. In demselben Jahre am 23. Oktober kauft Bischof Konrad von Hildesheim dem Edelherren Dietrich von Depenau die Vogtei über den Archidiakonats-Hohenhameln ab; s. Zeitschrift des historischen Vereins für Niedersachsen, Jahrg. 1868, S. 110.

2) Urkunden Bischofs Iso von Verden vom 27. Juli 1231; bei v. Hodenberg, Verdener Geschichtsquellen, S. 90 ff. Ebenso erscheint Konrad von Waneberg in einer undatierten Urkunde des Pfalzgrafen Heinrich mitten unter den Dienstleuten des Ausstellers als Zeuge, s. Bremisches Urkundenbuch I, Nr. 189, S. 223.

Heinrich der Löwe, wo er in den Besitz der Vogtei eines Bistums oder einer bischöflichen Hauptstadt gelangte, meist einen seiner Vasallen oder Dienstleute mit der Verwaltung jenes Amtes zu belehnen pflegte, so liegt die Annahme wohl nicht allzu fern, dass die Vogtei über die Stadt Verden und Umgegend, welche Konrad von Waneberg urkundlich innehatte, ein Lehen Herzog Heinrichs des Löwen und seiner Erben gewesen sei, in dessen Besitz sich jener auch nach der Entziehung der Heinrich dem Löwen verliehenen Verdener Kirchengüter mit Hilfe der Welfen, die nach der oben angeführten Urkunde Ottos des Kindes ihren Anspruch auf die Vogtei über Verden aufrecht erhalten zu haben scheinen, zu behaupten wusste. Denn es wäre im höchsten Grade auffallend, wenn ein Ministerial des welfischen Hauses, auch nachdem die Vogtei seinem Dienstherrn entzogen war, das Amt eines Verdener Vogtes mit Zustimmung des bischöflichen Oberlehnsherrn weiter verwaltet hätte. In Bremen wenigstens, wo uns ähnliche Verhältnisse entgegentreten, erscheint sofort nach Heinrichs des Löwen Sturze ein erzbischöflicher Dienstmann an Stelle des bislang von dem Herzoge Heinrich von Sachsen belehnten Vogtes<sup>1)</sup>. Allerdings wird nirgends, wo von der Art der Vogtei Konrads von Waneberg die Rede ist, einer Lehensabhängigkeit seines Amtes von dem welfischen Hause gedacht; allein gerade, wenn die welfischen Ansprüche auf die Vogtei über das Stift Verden oder einen Teil der Stiftsgüter von bischöflicher Seite nicht anerkannt wurden, so ist es erklärlich, dass ein solcher Zusammenhang der vogteilichen Gewalt der Herren von Waneberg mit den Ansprüchen der welfischen Familie absichtlich verwischt und bei Gelegenheit der Freimachung des Stiftsgüter von der Vogtei das Lehensverhältnis der Herren von Waneberg zu der Verdener Kirche als ein unmittelbares hingestellt wurde.

Unsere Vermutung, dass Heinrich von Braunschweig die Vogtei über das Bistum oder wenigstens über die Stadt

1) Siehe S. 37.

Verden beansprucht habe, gewinnt noch einen weiteren Stützpunkt in der Thatsache, dass der Pfalzgraf ein gleiches Recht in dem Bremer Erzstift geltend zu machen bestrebt war. Als Rechtsnachfolger seines Vaters nahm er hier die Zoll-, Münz- und Vogteigerechtsame über die Stadt Bremen in Anspruch<sup>1)</sup>. Heinrich der Löwe hatte alle diese Rechte kraft herzoglicher Oberhoheit besessen<sup>2)</sup>. Nach seinem Sturze wurde die Vogtei vermutlich als erledigtes Lehen eingezogen, und wir begegnen jetzt, statt des von Heinrich dem Löwen mit derselben belehnten Edlen Adolf von Nienkerken<sup>3)</sup>, anfangs einem Advokaten, Thetward von Bremen<sup>4)</sup>, seit dem Jahre 1186 aber dem von der Bremer Kirche als Vogt eingesetzten Ministerialen Alard<sup>5)</sup>. Trotzdem haben Heinrich der Löwe und sein ältester Sohn Heinrich in ihren Kämpfen mit dem Bremer Erzstifte ihre früheren Hoheitsrechte in der Stadt Bremen nicht ohne Erfolg zu behaupten versucht<sup>6)</sup>. Erst als im Jahre 1219 Heinrich

1) Vgl. den Verzicht Heinrichs auf die Grafschaft Stade, Hamb. Urkundenb., S. 375, Nr. 432; vgl. auch S. 172 ff.

2) Siehe Weiland, S. 116. Die Vogtei über die Stadt Bremen hatte schon Lothar als Lösegeld von dem Erzbischofe Liemar, den er im Jahre 1089 in der Schlacht bei Gleichien gefangen genommen hatte, erhalten; s. Ann. Stad. ad a. 1089, SS. XVI, p. 316.

3) Hamburg. Urkundenb., S. 204, Nr. 219 und S. 217, Nr. 238, wo die Stellung Adolfs unter den Zeugen gleichfalls seine edle Abkunft beweist; vgl. Weiland, S. 116, Anm. 2.

4) Urkunden de a. 1180 bei Erhard, Cod. dipl. hist. Westfaliae II, p. 153, no. 410: „Thetwardus advocatus Bremensis.“

5) Hamburg. Urkundenb., S. 241, Nr. 272: „Alardus advocatus Bremensis“; vgl. Hamburg. Urkundenb., Nr. 275. 277. 284. 287. 290, wo er in der Reihe der Ministerialen erscheint, ebenso Nr. 302. 304 u. s. w.

6) So erhielt Heinrich der Löwe wahrscheinlich im Jahre 1189, als sich Erzbischof Hartwig ihm anschloss, sämtliche ihm entzogene Stiftsgüter, also auch die Bremer Vogtei, zurück. Denn im Jahre 1194, als Hartwig nach langem Zwist mit der Bürgerschaft Bremens einen Vergleich mit dem Domkapitel abschloss, musste der Erzbischof schwören, „quod omnem hereditatem, quam suus antecessor pie memorie domnus Hartwicus ecclesie acquisivit et contradidit, et

von Braunschweig seinen Frieden mit dem Bremer Erzstifte machte, hat er auch auf Zoll, Münze und Vogtei der Stadt Bremen Verzicht geleistet <sup>1)</sup>.

Auch in dem Anspruche Heinrichs von Braunschweig auf die Vogtei über das Neuland bei Bremen, die er in demselben Vergleiche der erzbischöflichen Kirche von Bremen aufließt <sup>2)</sup>, können wir eine Spur jenes zähen Kampfes der Welfen um die herzoglichen Rechte, die ehemals ihr Vater besessen hatte, nicht verkennen. Wenn der Herzog Heinrich der Löwe am 8. August 1170 mit dem Erzbischofe Balduin von Bremen dem Ministerialen der Bremer Kirche Friedrich von Machtenstedt <sup>3)</sup> die Erlaubnis erteilt, den Sumpf zwischen Brinken, Machtenstedt und Huchtingen zu verkaufen <sup>4)</sup>, so geschieht dies offenbar kraft der herzoglichen Oberhoheit, die er über die niederländischen Kolonen ausübte <sup>5)</sup>. Dies

*comiciam Stadiensem, comiciam Thetmariensem, advocatiam Stadiensem, monetam Stadiensem, theloneum Stadiense, advocatiam Bremensem, monetam Bremensem, theloneum Bremense . . . sine consilio majoris capituli neque inbeneficiabit neque impignorabit neque aliquo alio modo obligabit aut alienabit*; s. Hamburg. Urkundenb., S. 263, Nr. 301. Es waren dieses gerade die von den Welfen beanspruchten Kirchengüter. Der Pfalzgraf Heinrich kam im Jahre 1202 vermutlich wieder in den Besitz der Münz-, Zoll- und Vogteigerechtsame in Bremen.

1) Hamburg. Urkundenb., S. 375, Nr. 432. Auf diesen Verzicht bezieht es sich auch, wenn es in einem undatierten Verzeichnis der Einkünfte des Domkapitels zu Bremen (Bremer Urkundenbuch I, Nr. 87, S. 99) heisst: „*Mansum in Nienlande juxta Bremam dedit dux Heinricus pro se et suorum memoria cum decima et advocatya Bremensi*.“ Die Abfassungszeit dieses Verzeichnisses fällt also nach dem Jahre 1219. Zu bemerken ist, dass in dem Verzicht Heinrichs vom Jahre 1219 und in diesem Verzeichnis von einem Lebensverhältnis desselben zur Bremer Kirche nicht mehr die Rede ist.

2) Hamburg. Urkundenb. a. a. O.: „*. . . palatinus cessit ab omni jure, quod sibi dicebat in teloneo, moneta et advocatia Bremensi et in advocatia Nove terre*“; vgl. die vorige Anmerkung.

3) Als Ministerial der Bremer Kirche erscheint Friedrich von Machtenstedt; Hamburg. Urkundenb., Nr. 259. 260. 284.

4) Hamburg. Urkundenb., S. 216, Nr. 268.

5) Vgl. A. v. Wersbe, Über die niederländischen Kolonien u. s. w.,

darf man daraus folgern, dass Erzbischof Siegfried in einer nach dem Sturze Heinrichs des Löwen ausgestellten Urkunde, in welcher er dem Friedrich von Machtenstedt dieselbe Erlaubnis und zwar in fast wörtlicher Übereinstimmung mit der Urkunde Heinrichs giebt, eines auf Erbensprüche sich gründenden Anrechtes der Welfen keine Erwähnung thut <sup>1)</sup>. Freilich waren die Welfen in diesen Gegenden auch nach Erbrecht begütert, und zwar ebenso wie in anderen Gegenden Engerns gemeinschaftlich mit den Askaniern, welche mit ihnen zusammen hier in das Erbe der Billunger eingetreten waren <sup>2)</sup>. Das schliesst indes die Annahme nicht aus, dass es sich bei jenem Verzicht des Pfalzgrafen Heinrich auf die Vogtei über das Neuland bei Bremen wesentlich um Aufgabe herzoglicher Rechte gehandelt hat.

Die gleiche Erscheinung tritt uns in dem Jahrzehnte hindurch bald unterbrochenen, bald wieder aufgenommenen Kampfe der Welfen um die Grafschaft Stade entgegen, deren Besitz schon Erzbischof Adalbert für notwendig erachtete, um in seinem Bistume die volle Landeshoheit ausüben zu können. Heinrich der Löwe hatte die Grafschaft Stade nach dem Aussterben der weltlichen Mitglieder des Stader Grafenhauses kraft seiner herzoglichen Hoheitsrechte ein-

Bd. I, für unseren Fall s. besonders S. 102 ff. Dehio: „Hartwich von Stade“, Bremisches Jahrbuch, Bd. VI, S. 75 ff. Dehio, Geschichte des Erzbistums Hamburg-Bremen bis zum Ausgange der Mission, Bd. II, S. 85 ff. u. 92.

1) Hamburg. Urkundenb., S. 234 und Hoyer Urkundenb. V, S. 4.

2) Am 3. September 1142 bekundet Erzbischof Adalbero, dass er, die Herzogin Gertrud und ihr Sohn, der junge Herzog Heinrich von Sachsen, zusammen mit dem Markgrafen Albrecht einen südwärts belegenen Morastdistrikt zu gleichen Teilen unter sich verteilt und Anbauern zur Kolonisation überlassen hätten; Hamb. Urkundenb., p. 155, Nr. 165. Den Anspruch des Herzogs Heinrich könnte man auch hier aus seinem Herzogtume herleiten, nicht so den Albrechts des Bären. Er kann nur nach Erbrecht in diesen Gegenden begütert gewesen sein, zumal die Billunger bezeugtermassen Inhaber des Komitates im Largau gewesen sind.

gezogen, wenigstens lässt sich ein anderer Grund für diese Massregel nicht auffinden <sup>1)</sup>. Wenn sein Sohn, der Pfalzgraf Heinrich, fast sein ganzes Leben hindurch einen erbitterten Kampf mit den Erzbischöfen von Bremen um die Grafschaft Stade geführt hat, so kann er den Rechtstitel für seine Ansprüche nur aus dem ehemaligen Herzogtume seines Vaters abgeleitet haben <sup>2)</sup>.

Auch in den Landen Ditmarschen und Hadeln hat der Pfalzgraf Allodialbesitzungen gehabt <sup>3)</sup> und Rechte auf Güter der Bremer Kirche geltend zu machen versucht <sup>4)</sup>; die Ausübung hoheitlicher Befugnisse aber, oder auch nur den Anspruch auf solche können wir nicht nachweisen <sup>5)</sup>. Vielmehr finden wir in der Folge die Herzöge von Sachsen-Lauenburg in dem Besitze der herzoglichen Gewalt über Hadeln, die denselben, soviel wir sehen, niemals von den Welfen, höchstens von den Bremer Erzbischöfen bestritten wurde <sup>6)</sup>. Ebenso ist die Oberhoheit der Askanier über das Land Wursten allgemein anerkannt worden <sup>7)</sup>. Die Welfen be-

1) Vgl. Weiland, S. 92 ff.

2) Ich muss hier inbetriff der Kämpfe um Stade auf die vorhergehende Darstellung der Thätigkeit Heinrichs als Reichsfürst verweisen.

3) Urkunden Ottos IV.: Orig. Guelf. III, p. 626: „praedia, quae communia habuimus in Ditmarsia et in Hadele“.

4) Urkunde Innocenz' III. Hamburg. Urkundenb., S. 304, Nr. 346; vgl. oben S. 99 ff.

5) Im Catalogus abb. Stadensium (bei Lappenberg, Bremische Geschichtsquellen, S. 189) wird Heinrich allerdings als comes Dithmariensis bezeichnet.

6) Siehe Sudendorf, Urkundenb. II, S. 174: Die Urkunden vom 25. Februar 1332 und 5. Februar 1340; Sudendorf a. a. O. IV, p. 21: Die Urkunden Walter Kules vom 8. Mai 1370. Die Konkurrenz von Bremen scheint nur aus einer Urkunde des Ritters Johann von Annunde vom 9. Oktober 1294 hervorzugehen; s. Sudendorf II, S. 173.

7) Dieses geht ausser der in Anmerkung 6 herangezogenen Urkunde vom 5. Februar 1340 auch aus einer um das Jahr 1347 ausgestellten Urkunde hervor; s. Sudendorf, Urkundenb. II, S. 121. Auch hier hat der Erzbischof von Bremen den Askaniern im Wege

sassen allerdings auch in dieser Gegend Eigentum <sup>1)</sup>; allein von einer Anmassung herzoglicher Rechte im Lande Wursten von ihrer Seite haben wir weiter keine Spur <sup>2)</sup>.

Ebenso ist es meiner Ansicht nach nicht wahrscheinlich, dass die Nachkommen Heinrichs des Löwen in den ost-sächsischen Bistümern Magdeburg und Halberstadt je herzogliche Rechte ausgeübt oder solche auch nur beansprucht haben. Schon zu Heinrichs des Löwen Zeit fehlt davon jede Spur. Denn darin, dass die Bischöfe dieser Stifter die bedeutendsten und unversöhnlichsten Gegner Heinrichs des Löwen im östlichen Sachsen waren <sup>3)</sup>, darf man ebenso wenig ein Anzeichen von dem Versuche Heinrichs, die ihm zustehenden herzoglichen Befugnisse weiter auszudehnen, erblicken, als man aus dem Umstande, dass nach dem Sturze Heinrichs des Löwen wiederum in diesen Gegenden der Sitz der Opposition gegen die Welfen war, den Schluss zu ziehen berechtigt ist, dass die Söhne Heinrichs auch den Bistümern Halberstadt und Magdeburg gegenüber an jener väterlichen Politik festgehalten hätten. Der Kampf nämlich um das von Heinrich dem Löwen eingezogene Erbe der

gestanden; s. die Urkunden vom 9. Oktober 1294 bei Sudendorf II, S. 173 und ein Privileg der Richter, Schulzen und der Gemeinden des Landes Wursten vom 24. Juni 1304 bei Sudendorf II, S. 121.

1) Orig. Guelf. III, p. 626: „Preter hec predium in Wortsacia et omnes ministeriales, qui sunt infra terminos istos.“

2) Deshalb glaube ich auch nicht mit Lappenberg (Hamburg. Urkundenb., S. 441, Anm. 3) annehmen zu müssen, dass der in einem Vergleiche der Stadt Hamburg mit dem Lande Wursten (Hamburg. Urkundenb., Nr. 544) genannte Comes Duore „ein von den askanischen und guelfischen Herzögen von Sachsen“ gemeinsam ernannter Graf gewesen ist, sondern derselbe wird wohl allein von den rechtmässigen Inhabern der herzoglichen Würde, von den Herzögen von Sachsen-Lauenburg, eingesetzt gewesen sein, deren Oberhoheit über das Land Wursten noch im Jahre 1414 vom Kaiser Sigismund anerkannt wurde; s. oben S. 29 und vgl. Urkunden der Herzöge Johann und Albrecht von Sachsen vom 1. November 1299 (Hamburg. Urkundenb., S. 762, Nr. 918) und vorige Seite, Anm. 7.

3) Weiland, S. 126.

Grafen von Sommerschenburg, in welchem wir einzig und allein eine Spur der angedeuteten Bestrebungen der welfischen Brüder erblicken könnten, war augenscheinlich nicht aus Heinrichs des Löwen herzoglichen Übergriffen entstanden, sondern hatte seinen Grund in anderen, für uns nicht zu erklärenden Erbansprüchen der Welfen auf die Sommerschenburger Hinterlassenschaft <sup>1)</sup>.

In dem Stifte Hildesheim haben die Welfen auch nach dem Tode Heinrichs des Löwen, wie es scheint, die umfassendsten Jurisdiktions- und Hoheitsrechte ausgeübt. Die Hildesheimer Chronik berichtet in dem Leben des Bischofs Konrad: „Ausserdem befreite er unsere Diöcese von der Ge-

1) Heinrich der Löwe hatte vermutlich nur das Allodialvermögen der Grafen von Sommerschenburg beansprucht, und nur dieses war nach dem Tode des Pfalzgrafen Albrecht von der Schwester und Erbin des Sommerschenburgers, der Äbtissin Adelheid von Quedlinburg und Gandersheim, an das Magdeburger Erzstift veräussert worden. Die von den Sommerschenburgern besessene Grafschaft im Nordthüringau, Derlingau u. s. w. kam zunächst an einen Verwandten des Pfalzgrafen Albrecht, Dietrich von Groitzsch, der schon in den Jahren 1191 und 1197 „comes de Sumersenburg“ genannt wird und im Jahre 1195 zu Seehausen Gericht abhielt; s. Leyser, *Observ. de Lantidine*, p. 4, in desselben *Opusc. coll.*, p. 109; vgl. auch v. Mülverstedt, *Reg. Archiep. Magdeb.* I, p. 745; Gercken, *Cod. dipl. Brandenb.* III, p. 65; *Urkundenb. U. L. Frauen zu Halberstadt*, S. 69. Diese Grafschaft scheint Heinrich der Löwe nicht mit beansprucht zu haben. Erst eine späte und wenig zuverlässige Quelle, das *Chr. Picturat.* bei Leibnitz, *SS. rer. Brunsv.* III, p. 345 spricht von „de graveschopp“, welche Heinrich der Löwe für sich begehrt habe. Dagegen ist es möglich, dass der Pfalzgraf Heinrich nach dem Tode Dietrichs von Groitzsch, eines Oheims der Gemahlin Heinrichs von Braunschweig, zusammen mit seinem Schwager, dem Markgrafen Albrecht von Brandenburg, Anrechte auf die dem Halberstädter Bistum zurückgefallene Grafschaft Seehausen gemacht hat; s. oben, S. 187. Doch ist dies dann ohne allen Erfolg gewesen, denn im Jahre 1207 heisst der Bischof Friedrich von Halberstadt schon Graf von Sommerschenburg; s. Leyser, *Hist. com. Wunstorp.* ed. II, p. 24; cf. *ib.*, p. 39; p. 27—28. Dagegen blieb der grösste Teil des sommerschenburgischen Allodialvermögens in der Hand der Welfen vereint.

richtsbarkheit des Herzogs, welche der Herzog Otto von Braunschweig vor dem Kaiser und den Fürsten auf dem Reichstage zu Mainz für sich in Anspruch zu nehmen versuchte, indem er öffentlich und vor allen erklärte, das Hildesheimer Bistum stehe unter keines Oberhoheit und unter keines Herzogtum ausser dem des Bischofes, und das wurde von der Gesamtheit der Fürsten anerkannt“ <sup>1)</sup>. Also auch hier wie in den übrigen Teilen Sachsens war das Streben der Nachkommen Heinrichs des Löwen darauf gerichtet, die oberste Gerichtsbarkeit, die ihr Vater ausgeübt hatte, ihrem Hause zu erhalten. Die Lage des Bistums Hildesheim in der Nähe des Kernpunktes der welfischen Macht mochte diesem Streben der Söhne Heinrichs des Löwen nicht geringen Vorschub leisten. Allerdings haben wir keine direkten Beweise von Eingriffen des Pfalzgrafen Heinrich oder Ottos IV. in das Bistum Hildesheim als Prätendenten der sächsischen Herzogsgewalt; wenn aber Otto IV. auf dem Sterbebette allen Besitzungen und Rechten entsagt, welche er und seine Vorgänger sich unrechtmässigerweise in der Hildesheimer Diöcese angemasst hatten <sup>2)</sup>, so bezieht sich dieses offenbar nicht auf königliche Übergriffe, die sich Otto in dem Bistume Hildesheim erlaubte, sondern auf Ansprüche, welche die Welfen als Rechtsnachfolger ihres Vaters auf die Oberhoheit über Hildesheim erhoben.

Ferner sehen wir den Pfalzgrafen Heinrich in verschied-

1) *SS.* VIII, p. 861: „Praeter haec omnia diocesim nostram a iurisdictione ducatus, quam iurisdictionem domnus Otto dux Brunswicensis sibi usurpare coram domno imperatore et principibus in curia solempni apud Magunciam intendebat, prudenter liberavit (sc. Conradus eps.), ibidem voce publica protestans coram omnibus Hildensemensem episcopatum nullius dominio, nullius ducatus praeterquam solius episcopi subiacere; et hoc fuit ab universis principibus approbatum.“

2) *Orig. Guelf.* III, p. 845; *B. F.* 509: „Notum esse volumus, quod quascumque possessiones vel jura ecclesiae Hildeneshemensis nos vel antecessores nostri injuste usurpavimus, eis renuntiamus et ecclesiae cum integritate restituimus“; vgl. Weiland, S. 123.

denen Angelegenheiten der Hildesheimer Kirche in einer Weise thätig, welche augenscheinlich auf ein näheres Verhältnis Heinrichs zu diesem Bistum hindeutet. Im Jahre 1221 teilt König Heinrich (VII.) seinem Vater Friedrich II. mit, dass er auf Anraten mehrerer Fürsten dem Bischofe Konrad von Hildesheim die Investitur mit den Regalien erteilt habe<sup>1)</sup>. Unter diesen Fürsten befindet sich Heinrich von Braunschweig, der sogar als Herzog von Sachsen bezeichnet wird, als einziger Laienfürst, gewiss weil seine Stimme bei der Regalienbeleihnung des Bischofs von besonderem Gewichte war. Als aber die Ministerialen der Hildesheimer Kirche sich dem gewählten und mit den Regalien belehnten Bischofe Konrad widersetzen, weil man ihnen bei dessen Wahl keine Mitwirkung gestattet hatte, schreibt im Jahre 1222 König Heinrich (VII.) seinem lieben Verwandten, dem Herzoge Heinrich, er möge doch die widerspenstigen Dienstleute zu sich kommen lassen und sie zur Unterwerfung und zum Frieden veranlassen<sup>2)</sup>. Der Pfalzgraf hat sich denn auch mit Eifer der Wiederherstellung des Friedens in der Diöcese Hildesheim unterzogen, indem er sogar mit bewaffneter Hand gegen die aufsässigen Dienstleute der Kirche Hildesheim auftrat, wofür ihm und seinen Helfern der Erzbischof Engelbert von Köln seinen Dank aussprach<sup>3)</sup>. Einige Jahre später, als der Bischof Konrad von Hildesheim einen Kreuzzug unternehmen wollte, und die zahlreichen Feinde der Hildesheimer Kirche, namentlich die noch immer aufsässigen Lehensträger und Ministerialen derselben die Gelegenheit benutzten, um der Hildesheimer Kirche Schaden

1) Orig. Guelf. III, p. 680. Böhmer, Reg. Henrici (VII.), Nr. 9.

2) Orig. Guelf. III, p. 682.

3) Ib., p. 643. Die Urkunde ist von Scheid völlig verkehrt in das Jahr 1209 gesetzt worden, sie gehört offenbar in die Jahre 1222—1224; s. über den Kampf im Bistum Hildesheim: Lüntzel, Geschichte der Diöcese und Stadt Hildesheim, Bd. I, S. 525 ff.; vgl. auch das Verzeichnis der wegen dieses Auflehens gegen den Bischof Exkommunizierten in Orig. Guelf. III, p. 684.

zuzufügen, ermächtigte Kaiser Friedrich II. wiederum den Pfalzgrafen Heinrich, den erlauchten Herzog von Sachsen, alle diejenigen, welche dem Bischofe Konrad von Hildesheim, namentlich so lange derselbe im heiligen Lande verweile, entgegenarbeiteten, in seinem Namen in die Reichsacht zu thun<sup>1)</sup>. Heinrich von Braunschweig scheint übrigens gerade über die hoheitlichen Rechte, die er in dem Bistume Hildesheim beanspruchte, mit dem Herzoge Albrecht von Sachsen in Streit geraten zu sein. Wenigstens schreibt der König Heinrich (VII.) in einem undatierten Briefe dem „Herzoge Heinrich von Sachsen“ und dem „Herzoge Albrecht von Engern“ und ihren Untergebenen, dass Papst und Kaiser den Bischof Konrad von Hildesheim, als derselbe in Italien verweilte, beauftragt habe, Ruhe und Frieden in Italien herzustellen. Er fordert sie deshalb auf, den von dem Bischofe Konrad ihnen gesetzten Tag und Ort zu besuchen und beiderseitig Frieden bis zu einem gewissen Termin zu halten<sup>2)</sup>. Dass es sich in diesem Streite gerade um herzogliche Rechte im Stifte Hildesheim gehandelt haben mag, dafür scheint mir die Person des Schiedsrichters zu sprechen<sup>3)</sup>. Ausserdem ist die Thatsache der Ausübung hoheitlicher Rechte im Bistum Hildesheim vonseiten der Welfen durch die Notiz der Hildesheimer Chronik erwiesen und ein Streit zwischen dem welfischen und askanischen Hause schon zu dieser Zeit umsomehr an-

1) B. F. 1618; gedr. Orig. Guelf. III, p. 688.

2) Orig. Guelf. III, p. 686. Böhmer (Reg., p. LXXXVI) setzte die Urkunde in das Jahr 1226, sie muss jedenfalls nach Sommer 1226 fallen, da damals der Bischof Konrad beim Kaiser war. Sie wird aber erst in das Ende dieses Jahres oder in den Anfang des folgenden zu setzen sein, da Herzog Albrecht im Juni 1226 noch beim Kaiser in Italien war, und Pfalzgraf Heinrich schon am 28. April 1227 stirbt.

3) Auch die auffallende Titulatur des Askaniers als Herzog von Engern scheint darauf hinzudeuten, dass es sich in diesem Falle um die Ausdehnung der herzoglichen Befugnisse der Welfen und Askanier gehandelt hat.



zunehmen, als die Askanier auch noch später herzogliche Rechte über Hildesheim auszuüben versucht haben <sup>1)</sup>.

Auch in dem Diöcesanstreite der Bistümer Hildesheim und Mainz über Goslar scheint der Pfalzgraf Heinrich eine Art von schiedsrichterlicher Stellung eingenommen zu haben <sup>2)</sup>. In seiner und des Bischofs Iso von Verden Gegenwart versprachen nämlich im Jahre 1226 verschiedene Kanoniker des Stiftes St. Simonis und Judä in Goslar, dem Bischof Konrad von Hildesheim als ihrem Diöcesanbischöfe gehorchen zu wollen <sup>3)</sup>. Die Gegenwart des Pfalzgrafen in Goslar zu einer Zeit, in welcher er, so viel wir wenigstens wissen, in keiner Beziehung zu dieser Stadt stand, muss auffällig erscheinen. Ich vermute daher, dass sowohl Heinrich von

1) Von diesem interessanten Vorgange haben wir zwei Beweise. In den Jahren 1320—1330 nämlich kassiert der Herzog Erich von Sachsen-Lauenburg ein Todesurteil des Rates der Stadt Hildesheim und ersucht den Dompropst, den Domdechant und das Domkapitel zu Hildesheim, mit der Untersuchung der Sache zwei Domherren zu beauftragen; s. Sudendorf, Urkundenbuch VIII, S. 75 Anm., Nr. 1. Das andere Diplom vom 10. Februar 1344 ist ein Rechtspruch desselben Herzogs Erich über das Schisma in dem Hildesheimer Bistum, dessen Stuhl zu gleicher Zeit von dem Grafen Erich von Schauenburg und dem Herzoge Heinrich von Braunschweig beansprucht wurde; s. Sudendorf a. a. O., Nr. 3; vgl. über den Hildesheimer Bischofsstreit: Lüntzel, Geschichte der Diöcese und Stadt Hildesheim II, S. 300ff. Sudendorf, Urkundenb. I, Einleit., S. xli. Herzog Erich befiehlt in demselben allen Prälaten, Stiftern, Kapiteln, Konventen, Präpsten und aller Geistlichkeit, den Mannen des Stiftes, Rittersn und Knappen, Bürgern und Bauern, besonders dem Rate der Stadt Hildesheim, dass sie mit dem Herzoge Heinrich von Braunschweig keine Gemeinschaft haben, dagegen dem Bischöfe Erich anhängen und ihn als ihren Bischof und Herrn ehren sollen, weshalb sie weder verklagt noch verurteilt werden dürfen. In beiden Fällen tritt uns Herzog Erich als Nachfolger Heinrichs des Löwen im Herzogtume entgegen. Er nimmt auch für das Stift Hildesheim die obergerichtliche Gewalt in Anspruch, von der das Bistum nach dem Berichte der Hildesheimer Chronik schon im Jahre 1235 befreit worden war.

2) Siehe hierüber Lüntzel, Die ältere Diöcese Hildesheim, S. 17ff.

3) Siehe Urkundenanhang, Nr. 24.

Braunschweig als auch Bischof Iso von Verden, der eine als weltlicher, der andere als geistlicher Schiedsrichter, dieser Lossprechung der widerspenstigen Kanoniker von der Exkommunikation beigewohnt haben.

Nun könnte man allerdings dieses Auftreten des Pfalzgrafen Heinrich als Schützer des Rechtes und des Friedens aus seiner Eigenschaft als Legat des Reiches erklären. Und in der That tritt er als solcher einmal auch in diesen Gegenden auf <sup>1)</sup>. Allein einerseits ist dieses die einzige Spur der Thätigkeit Heinrichs als Stellvertreter des Kaisers in der Hildesheimer Diöcese; andererseits beweist die Thatsache, dass sein Nachfolger, Otto das Kind, den Versuch wagen konnte, das Bistum Hildesheim in Abhängigkeit von dem neugegründeten Herzogtume Braunschweig-Lüneburg zu erhalten, dass der Rechtsgrund, den die Welfen bei ihren Ansprüchen vorschoben, nicht aus der vorübergehenden Amtsthätigkeit des Pfalzgrafen Heinrich als Reichsvikar entsprang, sondern in dem Herzogtume Heinrichs des Löwen wurzelte.

Nach den Bestimmungen des Reichstages von Mainz können wir keine Spur mehr einer Ausübung herzoglicher Rechte durch die Welfen im Bistum Hildesheim entdecken. Vielmehr tritt uns überall der Bischof selbst als oberster Gerichtsherr entgegen <sup>2)</sup>.

Wenn es aber in der Hildesheimer Chronik heisst, dass das Bistum Hildesheim unter keines Herrschaft, keines Herzogtum ausser dem des Bischofs stehe, so kann damit nur gemeint sein, dass die Kirche Hildesheim direkt unter dem Kaiser in weltlichen Angelegenheiten stehe. Eine weltliche Oberhoheit des Bischofs über seinen ganzen Sprengel konnte unmöglich beansprucht werden. Denn der bei weitem

1) Im Jahre 1223 bestätigt er als sanctissimi legatus imperii der zur Hildesheimer Diöcese gehörigen Kirche zu Vreden verschiedene Güter, welche dieselbe schon seit Jahren besass, „auctoritate, qua fungimur, similiter et nostra“. Urkundenanhang, Nr. 16.

2) Siehe z. B. die Urkunde bei Sudendorf, Urkundenb. VIII, S. 77, Nr. 9.

grösste Teil des Hildesheimer Sprengels umfasste welfische Besitzungen, und hier übten die Nachkommen Heinrichs des Löwen in vollem Umfang die Oberhoheit aus. Schon Pfalzgraf Heinrich hat über die meisten zur Hildesheimer Kirche gehörenden Stifter und Klöster landesherrliche Rechte ausgeübt. Zudem besass er eine Zeit lang die Vogtei über Goslar und das wichtigste Kloster der Hildesheimer Diözese, über Gandersheim <sup>1)</sup>. Ja, in der Stadt Hildesheim selbst hatte sich das Stift zum heiligen Kreuz in seinen Schutz begeben <sup>2)</sup>.

So standen denn nach dem Jahre 1235 die beiden Gewalten, Bischof und Herzog, selbständig neben einander. Gemeinsame Angelegenheiten der beiderseitigen Territorien wurden schon zu Herzog Heinrichs Zeiten auf einem gemeinsamen Landtage im Felde vor Bettmar beraten <sup>3)</sup>.

Wie in Westfalen, so war auch im östlichen Sachsen das Streben des Pfalzgrafen Heinrich darauf gerichtet, die meist erst von seinem Vater in den Grafenstand erhobenen Grossen des Landes in der Abhängigkeit von dem welfischen Hause zu erhalten. Besonders waren die Harzgrafen meistens erst von Heinrich dem Löwen mit ihren Komitaten belehnt worden <sup>4)</sup>. Von diesen hatten sich die Herren von Wöltingerode, Scharzfeld, Regenstein und Ilfeld, und ausserdem der Graf von Dannenberg, im Jahre 1180 dem Kaiser Friedrich I. unterworfen und waren wahrscheinlich mit den von ihnen bis dahin

besessenen Grafschaften vom Reiche belehnt worden <sup>1)</sup>. Doch gelang es Heinrich dem Löwen oder seinen unmittelbaren Nachfolgern noch vor dem Jahre 1202, diese Grafschaften wiederum in ihre frühere Lehensabhängigkeit von dem welfischen Hause zurückzubringen. Denn bei der welfischen Teilung finden wir die Burgen Scharzfeld, Herzberg, Lauterberg, Hohnstein, Lauenburg, Regenstein, Lüchow, Dannenberg wieder in dem Besitze der Welfen <sup>2)</sup>. Die Grafengeschlechter des östlichen Sachsens standen denn auch in nächster Beziehung zu den Welfen. Zu wiederholten Malen erscheinen diese Grafen in den Urkunden des Pfalzgrafen und nehmen mehr als andere welfische Vasallen teil an den zahlreichen Kämpfen ihrer Lehnsherren.

Haben wir oben gesehen, wie der Pfalzgraf Heinrich, dem Vorgehen seines Vaters folgend, Gerichte abthielt, welche eine höhere Instanz der Grafengerichte bildeten, wie er in den Streitigkeiten der Grossen des sächsischen Landes Frieden und Ordnung aufrecht zu erhalten und wieder herzustellen versuchte, so können wir auch Spuren von Abhaltung allgemeiner Versammlungen der sächsischen Grossen unter dem Vorsitze Heinrichs von Braunschweig nachweisen. Allerdings waren diese Tage in Sachsen auch zur Zeit Heinrichs des Löwen nicht gerade häufig, dennoch scheint

1) Chr. Montis Sereni, SS. XXIII, p. 158. Im Jahre 1180 zeugen bei Absprechung der Burg Homburg vonseiten Friedrichs I. gegen Heinrich den Löwen: Hoyer und Burchard von Wöltingerode, Dietrich von Werder, Widekind von Schwalenberg, Graf Heinrich von Schlade. Unter den Zeugen der Urkunde werden noch genannt: Graf Albrecht von Eberstein, Ludolf der Jüngere von Wöltingerode, Graf Sibodo von Scharzfeld; Origg. Guelf. III, p. 548. Diese Grafen waren also damals schon von Heinrich dem Löwen abgefallen.

2) Vgl. die Teilungsurkunden: Origg. Guelf. III, p. 628 u. 854. Dass die in diesen Urkunden genannten Burgen wirklich den Welfen gehörten, zeigt an einem Beispiel das Lehensregister des Grafen Siegfried von Blankenburg, in welchem dieser Stadt und Burg Blankenburg von Wilhelm von Lüneburg zu Lehen zu tragen beurkundet; Zeitschrift des Harzvereins II b, S. 92.

1) Am 5. Juli 1211 ermahnt Papst Innocenz III. den Pfalzgrafen, seine Pflichten betreffs der Vogtei über das Kloster Gandersheim zu erfüllen; s. Harenberg, Hist. eccl. Gandersh., p. 202.

2) Undatierte Urkunden, s. Urkundenanhang, Nr. 28.

3) Urkunden vom 1. Juni 1238 „in silva prope Bethmere. Datum in placito provinciali, quod fuit inter dominum Ottonem ducem de Brunswik et nos (episc. Hildesh.) et magnates terrae apud silvam Bethmere“; s. Lüntzel, Ältere Diözese Hildesheim, S. 116. Für die spätere Zeit vgl. z. B. Sudendorf, Urkundenb. X, Nr. 26, S. 85 und Nr. 94, S. 218.

4) Vgl. Weiland, S. 104 ff.

die Abhaltung solcher Landesversammlungen unter dem letzteren als erwiesen betrachtet werden zu können <sup>1)</sup>. Auch in den Urkunden Heinrichs von Braunschweig finden wir keine direkte Andeutung über einen solchen Charakter der am Hofe des Pfalzgrafen stattfindenden Zusammenkünfte sächsischer Grossen; trotzdem glaube ich aus den Zeugen einiger Diplome Heinrichs auf die Abhaltung grösserer Landesversammlungen schliessen zu dürfen. So sind im Jahre 1212 in der Mindener Diöcese um den Pfalzgrafen Heinrich die Grafen Adolf von Schauenburg, Bernhard von Wölpe, Konrad von Rode und sein Bruder Hildebold, Vogt von Minden, der Truchsess Jordaues, Herbord und Wilbrand von Hallermund und mehrere andere Herren versammelt <sup>2)</sup>. In demselben Jahre stellt der Pfalzgraf in Soltau eine Urkunde aus in Gegenwart seines Neffen Otto von Lüneburg, der Grafen von Hoya, Wölpe und Woldenberg, des Edlen Bernhard von Dorstadt und anderer <sup>3)</sup>. Im Jahre 1220 sind in der Kirche S. Blasii in Braunschweig die Grafen Adolf von Schauenburg, Hermann und Heinrich von Woldenberg, Heinrich von Schwerin, Heinrich von Schladen, Berthold, Konrad und Gebhard von Wernigerode und Adolf von Dassel Zeugen einer Urkunde Heinrichs von Braunschweig für das Kloster Wöltingerode <sup>4)</sup>.

Die Bischöfe von Bremen <sup>5)</sup>, Minden <sup>6)</sup>, Lübeck <sup>7)</sup> und Hildesheim <sup>8)</sup> finden wir zu öfterem in Braunschweig oder Stade an dem Hofe des Pfalzgrafen, und wenn hieraus auch

1) Weiland, S. 139 ff.

2) v. Hodenberg, Calenberg. Urkundenbuch, Abt. III, S. 35, Nr. 36.

3) v. Hodenberg, Lüneburg. Urkundenb., Abt. XV, S. 16.

4) Asseburg. Urkundenb., S. 74.

5) Urkundenanhang, Nr. 11.

6) v. Hodenberg, Calenberg. Urkundenb., Abt. VII, S. 2, Nr. 2.

7) Archiv des Vereins für Geschichte und Altertumskunde der Herzogtümer Bremen und Verden etc. zu Stade III, S. 279.

8) Asseburg. Urkundenb., S. 58. Orig. Guelf. III, p. 661. Urkundenanhang, Nr. 15.

nicht geschlossen werden kann, dass Heinrich von Braunschweig diese Bischöfe zu den grossen Versammlungen, die er abhielt, bescheiden konnte, so zeigt doch ihre Anwesenheit am Hofe des Pfalzgrafen, dass er in Sachsen unter den Grossen des Landes eine hervorragende, der herzoglichen Würde fast gleichkommende Stellung eingenommen hat.

## II.

## Landesherrliches Gericht und Verwaltung.

Der seit dem 12. Jahrhundert sich vollziehende Auflösungsprozess der alten Gauverfassung hatte auch in Sachsen und namentlich in den welfischen Eigenbesitzungen frühzeitig begonnen. Der Zug der Zeit nach Bildung weltlicher Herrschaften mit völliger Territorialhoheit in bezug auf Gerichtswesen und Verwaltung machte sich auch in den welfischen Landen geltend. Die grossen Allodialbesitzungen der Nachkommen Heinrichs des Löwen und die Vereinigung zahlreicher erblich gewordener Grafschaften in ihrer Hand mussten ihm hier in hohem Grade förderlich sein. Bedeutete doch die Gründung des braunschweigisch-lüneburgischen Herzogtums kaum etwas anderes als die Konsolidierung der welfischen Eigengüter zu einem festen, eng abgeschlossenen Territorium, dem die Bezeichnung „Herzogtum“ im alten Sinne des Wortes eigentlich nicht zukam. Allerdings bildete noch ganz wie in früherer Zeit die Grafschaftsverfassung die Grundlage aller Rechtspflege, sowie der Zivil- und Kriegsverfassung. Nach alter Gewohnheit fand noch immer vor dem Richtersthule des Grafen die Auflassung und der Verkauf von Gütern seitens des Verkäufers und die feierliche Bestätigung dieser Rechtshandlungen statt. So wurde der Kaufpreis für das in Fömmelse und Linden belegene Erb-

gut des Justatius von Fömmelse auf dem grossen Placitum in Stiddien in Gegenwart der Grafen von Woldenberg von dem Propste Gerhard von Steterburg bezahlt und dann das abgeschlossene Geschäft als rechtmässig anerkannt<sup>1)</sup>. Zu gleicher Zeit pflegten die Erben des Veräusserers ihre Einwilligung zum Verkaufe zu geben und die Gewährpflicht mit zu übernehmen<sup>2)</sup>. Gemäss dem durch die Schöffen gefundenen Urteile wurde auf dem Grafendinge, zu welchem sich Freie und Ministeriale in grosser Anzahl einzufinden pflegten, Recht gesprochen und von dem Vorsitzenden unter Königsbann bestätigt<sup>3)</sup>. Ausser in allen Fällen peinlicher Gerichtsbarkeit wurde namentlich wegen widerrechtlich entzogenen Eigentums vor dem Gerichte des Grafen Klage geführt.

1) Ann. Stederb., SS. XVI, p. 216: „Postea in magno placito in Stiedegem, ubi Ludegerus et frater suus de Waldenbereche, Ludolfus de Peina et milites amplius quam ad LX recensiti convenerant, prepositus pretaxatum argentum persolvit et item cautio et firmatio ejus facti ibi recognita.“ Vgl. andere Beispiele: Walkenrieder Urkundenbuch, Nr. 57, S. 52 und Nr. 118, S. 94. Der Verkäufer musste die Auflassung der ihm gehörigen Güter wahrscheinlich schon in dieser Zeit mit erhobenen Händen bekennen; so in einer Urkunde des Herzogs Albrecht von Braunschweig vom Jahre 1274: „Nos ergo, justis petitionibus eorum acquiescentes, judicialiter a comitibus et nobilibus viris sententiis inquisitis sic fuit sententiatum, quod cum consensu heredum elevatis manibus hanc donationem deberent profiteri“; Scheid, Vom Adel, S. 270.

2) Anno 1188: „Cujus predii emptionem Ludolfus de Wöltingerode, in cujus comitia idem predium situm est, banno suo supra memorato cenobio in proprietatem confirmavit assensu Berengari (venditoris) et heredum suorum coram eo in judicio laudantium emptionis contractum“; s. Lüntzel, Geschichte von Hildesheim II, S. 120.

3) Ann. Stederb. I. c., p. 218: „Eodem tempore (1187) emit (Gerhardus prepos.) mansum unum in eadem villa (Mandere) pro decem marceis a quodam Thiderico permissione et indultu comitis Ludolfi (de Woldenberg) in eodem placito, praesentibus multis tam liberis quam ministerialibus, ubi jam dictus comes omni diligentia adhibita ex sententia judiciaria et ceteris aliis circumstantiis in benevolentia omnium scabinorum idem firmissime stabilire studuit et regio banno jure suo id confirmavit.“

Der Kläger musste, wenn er von der Ungerechtigkeit seiner Ansprüche überführt oder für dieselben entschädigt worden war, dieses öffentlich bekennen und die Klage zurücknehmen. So der Edelherr Konrad von Dorstadt, welcher drei Hufen Landes von den Ansprüchen, die er auf dieselben erhoben hatte, vor dem Grafengerichte mit folgenden Worten entlasten musste: „Herr, inbetreff des Gutes, um das ich klagte im Namen meiner Frau Hanne und meiner Kinder, bin ich berichtet worden, dass sie keinen Anspruch je daran gehabt haben noch haben, und lasse deshalb von der Klage ab“<sup>1)</sup>.

Die welfischen Fürsten aber pflegten, obwohl ihnen ohne Zweifel in den Grafschaften, welche in ihrem Besitze waren, das Recht zustand, den Vorsitz in dem Gerichte zu führen, fast nie in eigener Person das Grafengericht abzuhalten. Heinrich der Löwe sowohl wie sein Sohn, der Pfalzgraf Heinrich, treten uns als öffentliche Richter nur auf grösseren Landesversammlungen entgegen, welche eine höhere Instanz der Grafengerichte bildeten und vornehmlich der Aufrechterhaltung des Landfriedens galten<sup>2)</sup>. Dagegen machte sich in ganz Niedersachsen, vornehmlich aber in den welfischen Gebieten, ein Übergewicht der landesherrlichen Vogteien geltend, welche in diesen Gegenden allmählich an die Stelle der Grafengerichte traten. Denn da schon die Brunoni-

1) Urkunde des Bischofs Meinhard von Halberstadt, gedr. Assburg. Urkundenb., S. 157: „Si vero infra prefatum terminum comes iudicio non presederit, quandoque ab eo requisitum fuerit, post eundem terminum et comes iudicio presederit, ad id comparebit (Konradus de Dorstadt) et ibidem bona in Badesleve ecclesie beati Johannis expediet per hec verba: „Here, ob dat gut, dar ich ub elachede van mines wives Hannen unde myner kyndere, des bin ich bierichte, dat se nochte ich der neynen noth tu nie hedet noch ne hebben, unde late van der elage.“

2) Siehe oben, S. 29. Otto das Kind erscheint öfter als Richter im Landgerichte, so z. B. im Jahre 1214: „in iudicio seculari coram invictissimo domino Ottone duce in Brunswie coram terre nobilibus et plebeis“; s. Assburg. Urkundenb., S. 153.

schen Grafen, nach ihnen aber in erhöhtem Masse ihre Erben, die Welfen, eine ganze Reihe von Komitaten inne hatten und zwar darunter auch solche, die sich durch mehrere Gaue erstreckten<sup>1)</sup>, so waren die Besitzer gezwungen, ihre Grafenrechte, falls sie dieselben nicht weiter verleihen wollten, durch Beamte, welche „advocati, iudices, vicecomites“ genannt werden, in ihrem Namen ausüben zu lassen. Diese landesfürstlichen Richter, denen ihr Herr den Bann lieb, hatten in ihrem Gerichtsbezirk, der oft die ganze frühere Grafschaft, meist aber kleinere Teile derselben umfasste, die volle gräfliche Gerichtsbarkeit, obwohl nach den Bestimmungen der Rechtsbücher durch Teilung der Grafschaft der Königsbann verloren gehen sollte<sup>2)</sup>. Bei dieser nahen Berührung der Kompetenz der Grafen- mit den Vogteigerichten kann es nicht auffallen, dass schon zu Anfang des 13. Jahrhunderts eine Verwechslung beider Arten von Gerichten häufiger vorkommt und öfter die Namen derselben ohne Unterschied für einander gebraucht werden. Schon im Jahre 1224 übertrug der Pfalzgraf Heinrich Lehengüter frei von allem Recht der Vogtei oder auch der Grafschaft<sup>3)</sup>. Überhaupt beginnt bereits jetzt infolge der vielfach vorkommenden Teilung der Gerichtsbezirke die Verleihung der Grafschaftsrechte über einzelne Höfe und Güter, und so wurden Übertragungen von liegendem Eigentum „mit der Vogtei und allem Rechte“ immer häufiger<sup>4)</sup>.

Trotzdem waren die Befugnisse der Stellvertreter des Landesherrn im Grafengerichte noch dieselben, wie sie der Inhaber der Grafschaft selbst besass, als er noch das Gericht

1) Die Grafschaft Stade war z. B. ein solcher „comitatus sparsim diffusus“, wie Adam von Bremen diese Grafschaften nennt.

2) Sachsensp. III, 53, § 3; III, 64, § 5.

3) v. Hadenberg, Hoyer Urkundenb., Abt. VII, Nr. 10: „ab omni jure advocatie seu etiam cometie liberrima“. So ähnlich in einer zweiten Urkunde des Pfalzgrafen: „ab omni jure cometie, advocatie et telonorum liberos“; s. Urkundenanhang, Nr. 8.

4) Urkundenanhang, Nr. 23: „mansos . . ab omni jure et potestate advocatie omnino liberos et absolutos“, und öfter.

hegte. Der Vogt oder Richter hatte in wichtigen Sachen die volle peinliche und bürgerliche Gerichtsbarkeit über die Freien und Hörigen, so weit die letzteren früher unter dem Gerichte des Grafen standen<sup>1)</sup>. Dreimal des Jahres, in einem Zwischenraume von je 18 Wochen, wurde nach alter Gewohnheit das Gericht der landesfürstlichen Richter gehalten<sup>2)</sup>, zu welchem die Freien, aber auch die sonstigen Eingesessenen des Vogteibezirkes zu erscheinen verpflichtet waren. Hier fanden Akte freiwilliger Gerichtsbarkeit, Gütertausch<sup>3)</sup>, Übertragungen von Erbbesitzungen statt und wurden von dem Vogte unter Königsbann bestätigt. Hierfür, für das sogenannte „Friedewirken“, empfing der Vogt von dem Auflasser des Gutes eine Vergütung, den Friedeschilling<sup>4)</sup>, der in die landesherrliche Kasse floss<sup>5)</sup>. Die

1) Urkundenanhang, Nr. 22 wird unterschieden und doch zusammen übertragen: „*jus advocacie et litonum*“. Im Jahre 1249 werden den Ministerialen, welche am Hofe des Herzogs von Braunschweig selbst ihr Recht finden, ausdrücklich entgegengestellt die „*litones . . . qui in bonis eisdem jure hereditario manserunt cum bona voluntate et spontanea, non coacti ad nostre petitionis instantiam bona eadem resignarunt coram advocato Helmestat judicio presidente*“. So hatte der Stellvertreter des Burggrafen von Magdeburg ausser anderen Rechten auch „*omne jus servitorum si quod ad buregravium pertinebat*“. Urkundenbuch des Klosters Berge, S. 50.

2) Origg. Guelf. III, Tab. XXXI ad p. 709: „*et cum ter in anno placitum ibi teneret (advocatus)*“. Die Urkunde ist trotz des verdächtigen Faksimile bei Scheid echt; ich habe das Original im Landes-Hauptarchiv zu Wolfenbüttel selbst eingesehen, dasselbe ist völlig unverdächtig.

3) So heisst es z. B.: „*Concambium vero istud per manum nostram et per manum advocati, ducis videlicet Bernhardi, celebratum est*“. Urkundenb. U. L. Fr. zu Magdeburg, S. 50, Nr. 55.

4) Urkunden Wilhelms von Lüneburg; Origg. Guelf. IV, p. 851: „*et datis duobus solidis advocato, sicut juris est, talis donatio in nostro judicio est confirmata*“.

5) Dass wenigstens in späterer Zeit diese Einkünfte an den Landesherrn fielen, geht aus einer Urkunde Herzog Albrechts des Grossen von Braunschweig de a. 1274 hervor, wo es heisst: „*Nos vero justitia nostra accepta, hoc est uno solido, qui vulgo Frede-*

meisten Fälle bürgerlicher Rechtssprechung harrten ihrer Entscheidung vor dem Vogtdinge, neben welchem für die niedrigen Zivilsachen die Gogerichte fortbestanden. Namentlich waren die sogenannten Anevangsklagen häufig, d. h. solche Klagen, durch welche jemand auf Sachen Anspruch erhob, die in fremdem Besitz waren. Wie in dem Grafengerichte, so musste auch vor dem Vogtdinge in solchem Falle derjenige, der unrechtmässigen Anspruch erhoben hatte, dies in öffentlicher Gerichtsversammlung bekennen. Ausserdem fallen Klagen um Schuldforderungen, Nichterfüllung von Verträgen u. s. w. unter das Gericht des landesfürstlichen Beamten<sup>1)</sup>. Ja, es dürfen sogar Güter, welche unter landesherrlicher Vogtei stehen, nur mit Einwilligung des Vogtes verpachtet werden, und es ist eine besondere Vergünstigung, wenn der Landesherr auf dieses Vorrecht Verzicht leistet<sup>2)</sup>. Vornehmlich aber besass der Vogt den Blutbann im Sinne des alten Grafengerichtes. Diebstahl, Verwundung, Todschlag, Gewaltthätigkeiten aller Art gehörten vor sein Forum<sup>3)</sup>, in welchem anfangs noch die Schöffen das Urteil

schilling dicitur, haec praedicta bona firmavimus ecclesiae Stederburgensi“ etc. Scheid, Vom Adel, S. 271.

1) Dieses können wir nach Analogie der Stadtvogtei schliessen, s. Ottonisches Stadtrecht für Braunschweig (O. Str.), § 23 u. 24; Braunschweig. Urkundenb., S. 5; Lüneburger Stadtrecht; Origg. Guelf. IV, p. 214. Ein Beispiel einer Anevangsklage, s. Origg. Guelf. IV, p. 182 vom Jahre 1239.

2) Origg. Guelf. III, Tab. XXXI, ad p. 709: „*. . . inter quas etiam allodium in Valeberg cum omni jure et juris integritate eidem cenobio fuit collatum et ab ipsis tali libertate dotatum, quod abbas jam dicti loci omnia predia et mansos cum molendinis absque impedimento principis vel sui advocati locaret*“.

3) So heisst es über den Begriff der von dem Burggrafen von Magdeburg verliehten Vogtei: „*nomine advocacie omne illud jus intelligitur comprehendere, quod Johannes, qui dicitur advocatus montis, de manu buregravii tenere dinoscitur, ac totum illud jus, quod ad buregravium pertinet in raptu, in effusione sanguinis et in insidiis et in irruptione, que noth, bluthrust, lage, heimsuke vulgariter appellantur, ac preterea*“; s. Urkundenbuch des Klosters Berge, S. 50. Dieses

fanden, der Vogt dasselbe verkündete. Neben dem Vogte erscheinen für die niederen Zivilklagen Unterbeamte, welche den Namen „Untervögte“ oder meist „Gografen“ führen <sup>1)</sup>.

Für die Ausübung der richterlichen Gewalt standen dem Landesherrn und ebenso seinem Vogt gewisse Einkünfte zu, deren Höhe für die einzelnen Fälle schwer festzustellen ist. Sie werden aber wohl bei den Landvogteigerichten ziemlich in derselben Höhe bemessen gewesen sein wie bei den Stadtgerichten, über deren Verwaltung durch die richterlichen Beamten der Landesherrn wir besser unterrichtet sind <sup>2)</sup>. Doch wissen wir z. B., dass der Friedeschilling für die Übertragung von zwei Salzpflanzen vor dem Vogteigerichte Wilhelms von Lüneburg zwei Solidi betrug <sup>3)</sup> und dass der Vogt Heinrichs von Braunschweig für seine Mühewaltung im Vogteigerichte ein Frühstück erhielt, welches er sich auch in Geld und zwar in dem Betrage von sechs Schillingen auszahlen lassen konnte <sup>4)</sup>. Zudem lag den Vögten schon sehr früh die Eintreibung auch der übrigen dem Landesherrn zustehenden Einkünfte ob, so dass der Ausdruck

wird im wesentlichen auch der Umfang der Kriminalgerichtsbarkeit des braunschweigischen Landvogtes gewesen sein, wenn ich auch dieselbe durch direkte Beweise nicht belegen kann. Übrigens spricht die Analogie der städtischen Gerichtsbarkeit des Vogtes für die Unbedenklichkeit meiner Annahme.

1) Vgl. die Abstufungen in einer Urkunde Ottos IV. Orig. Guelf. III, p. 839: „ut nullus comes seu vicecomes vel advocatus vel subadvocatus seu aliqua secularis persona“ etc.

2) Siehe S. 59 ff.

3) Urkunde Wilhelms von Lüneburg de a. 1200. Orig. Guelf. IV, p. 851: „Et datis duobus solidis, sicut juris est, talis donatio in nostro iudicio est confirmata.“

4) Orig. Guelf. III, Tab. XXXI, ad p. 709: „et cum ter in anno placitum ibi teneret (advocatus ducis Henrici), prandium ibi facere aut prandium sex solidis redimi deberet“. Im Jahre 1274 erhält Albrecht der Grosse für die Bestätigung eines Vertrags zwischen dem Kloster Steterburg und dem Edelherren von Hohenbüchen einen Schilling; Scheid, Vom Adel, S. 271.

Vogtei sehr bald die allgemeinere Bedeutung der Verwaltung sämtlicher landesherrlicher Rechte annahm <sup>1)</sup>.

Genauer als über die Vogteien auf dem Lande sind wir über die landesherrlichen Gerichte in den Städten unterrichtet. Die von dem Herzog Otto von Braunschweig bestätigten Privilegien der Städte Braunschweig, Hannover und Lüneburg <sup>2)</sup> gewähren einen ziemlich genauen Einblick in das Wesen der landesherrlichen Gerichte in den Städten, wie sich dieselben schon zur Zeit Heinrichs des Löwen und seiner unmittelbaren Nachfolger, Heinrich und Otto, entwickelt hatten. Die Kompetenz des Vogtes in der Stadt war ziemlich dieselbe wie die des Stellvertreters des Grafen auf dem Lande, so dass aus den genauer bekannten Rechtszuständen in den Städten ein Rückschluss auch auf die Ausübung der ländlichen Gerichtsbarkeit gestattet sein dürfte.

Wie der Vogt auf dem Lande hatte der landesfürstliche Richter in der Stadt die peinliche und bürgerliche Gerichtsbarkeit, wie wir sie oben bei den Landvogteien skizziert haben. Sie erstreckte sich bei ihm über sämtliche Bürger

1) So finden wir schon zur Zeit des Pfalzgrafen Heinrich, dass, wenn Güter frei von der Vogtei verliehen werden, zugleich auch sehr oft auf die übrigen Gerechtsame, die nutzbaren Regalien, Verzicht geleistet wird; so z. B. Urkundenanhang, Nr. 7: „cum totius juris plenaria integritate, videlicet cum advocacia, cum pratis et pascuis et memoribus et ceteris appenditiis omnibus“.

2) Siehe Urkundenbuch der Stadt Braunschweig I, S. 2, die in den Jahren 1227—1234 ausgestellte Urkunde über die Rechte des Hagens, des einen Weichbildes der Stadt Braunschweig, dann ferner a. a. O., S. 4 das Ottonische Stadtrecht (O. Str.). Beide Urkunden sind zum grössten Teile nur Bestätigungen schon unter Heinrich dem Löwen, sowie unter seinen Söhnen Heinrich und Otto erworbener Rechte, so dass sie auch für unsere Zwecke verwendbar sind; vgl. über die Braunschweiger Vogtei auch Dürre, Geschichte der Stadt Braunschweig im Mittelalter, S. 265. Die Rechte der Städte Hannover und Lüneburg, s. Orig. Guelf. IV, p. 184 u. p. 213 sqq. Auch sie sind zum grössten Teil nur Wiederholungen schon früher verliehener Privilegien.

der Stadt <sup>1)</sup>. In Braunschweig standen sogar die Dienstleute des Herzogs, welche mit einem Bürger in einen Rechtsstreit geraten waren, unter dem Gerichte des Vogtes <sup>2)</sup>. Das Vogtting wurde in Braunschweig und wohl auch in den meisten anderen welfischen Städten alle sechs Wochen abgehalten. Hier wurden Güterübertragungen vorgenommen und strafrechtliche Klagen entschieden, doch wurden die letzteren auch vor ein besonderes Gericht gebracht, welches alle 14 Tage neben dem „Echteding“ abgehalten wurde <sup>3)</sup>. Das Urteil wurde von Schöffen gefunden <sup>4)</sup>, welche aus der Bürgerschaft gewählt waren, und dann von dem Vogte öffentlich verkündet. Will der Vogt selbst gegen jemand eine schwere Klage erheben, so muss er, wie in solchem Falle im Grafengerichte der Schultheiss Richter des Grafen ist, einem andern den Vorsitz im Gerichte überlassen <sup>5)</sup>.

Die Bussen, welche für Vergehungen, namentlich aber für Gewaltthaten entrichtet werden mussten, waren sehr bedeutend. Für eine Verwundung mussten 60 Schillinge

1) O. Str., § 13 l. c., p. 5a: „Swelich borgere vor deme vogede unde vor der stat nenes rechtens ne wil plegen, dhene sal nen recht heben in der stat.“ Dass auch die bürgerliche Gerichtsbarkeit durch den Vogt des Landesherrn im Unterschied von den sonstigen Stadtvogteien in Braunschweig, Lüneburg und Hannover ausgeübt wurde, lehnen die Privilegien aller drei Städte.

2) O. Str., § 18 l. c., p. 5b: „Swelich dhenistman sculdiget enen borgere, he sal komen vor den voget unde sal dhar dhere stat recht nemen.“

3) O. Str., § 12; vgl. auch § 24. Origg. Guelf. IV, p. 184: „si quis alicui res suas coram iudicio recognoverit“ etc.

4) O. Str., § 59.

5) Lüneb. Str. Origg. Guelf. IV, p. 215: „Item si Advocatus noster super magna causa aliquem voluerit ineusare, de loco iudicii surgere debet et ponere alium iudicem loco sui, acceptoque prolocutore procedere debet contra illum per justas sententias quantum potest.“ Vgl. Sachsensp. Landr. III, 52, 3: „wenne klaget man over den rechtere, he sal antwerden vor deme schultheiten, wen die schultheite is richter siner scult; als is die palenzgreve over den keiser, unde die burchgreve over den maregreven“.

erlegt <sup>1)</sup>, ein Diebstahl mit einer gleich hohen Busse gestühnt werden <sup>2)</sup>. Dagegen kostete eine unblutige Verletzung, eine Ohrfeige oder ein Handschlag, in Braunschweig vier, in Hannover fünf Schillinge <sup>3)</sup>. Für jegliche Gewaltthätigkeit, durch welche der Verletzte sich selbst Recht zu schaffen suchte, mussten vier Schillinge entrichtet werden <sup>4)</sup>. Im Lüneburger Stadtrecht war ferner bestimmt: „Falls jemand einen andern wegen Erbgutes, welches dieser innerhalb des Weichbildes Jahr und Tag besessen hat, verklagt und der Beklagte sein gutes Recht an dem Besitze nachzuweisen vermag, so ist der Kläger zur Zahlung von 60 Schillingen an den Vogt, drei Mark Denare an die Stadt und 60 Schillingen an den Beklagten verpflichtet, da er des letzteren Besitztum in Frage gestellt hat <sup>5)</sup>. Dem Schuldner darf der Vogt nicht länger als 40 Tage Frist geben; hat er bis zu diesem Zahlungstermin die Schuld nicht abgetragen, so zahlt er acht Schillinge an den Vogt <sup>6)</sup>. Das Gut eines Fremden, der in der Stadt stirbt oder ein Verbrechen auf sich geladen hat und dann entflohen ist, fällt, wenn sich der Verbrecher dem Gerichte nicht stellt, oder seine Erben nicht die Busse auf sich nehmen, zu einem Drittel an den Vogt, die anderen zwei Dritteile bekommt die Stadt.“ <sup>7)</sup> Alle diese Einnahmen erhebt der Richter des Landesfürsten im Namen seines Herrn. Er selbst hat ausserdem noch bestimmte Einkünfte vom Rate der Stadt und aus den von ihm vorgenommenen Güterübertragungen. Vom Rate zu

1) Rechte des Hagens, § 5. Origg. Guelf. IV, p. 184: „si quis vulneratus fuerit et proclamaverit, sexaginta solidos dabit Advocato“.

2) O. Str., § 24.

3) O. Str., § 10. Rechte des Hagens, § 6. Origg. Guelf. IV, p. 184: „si autem vulneratus non fuerit, dabit Advocato quinque solidos“.

4) Origg. Guelf. IV, p. 184: „Omnis violentia, que dicitur Selfrichte, quatuor solidis emendabitur.“

5) Origg. Guelf. IV, p. 214.

6) Ib.

7) Ib. Rechte des Hagens, § 11. In Braunschweig fällt ein Drittel an die Katharinenkirche.



Braunschweig empfing der herrschaftliche Vogt für jede Gerichtssitzung drei Schillinge und ein Stübchen Wein für seinen Schreiber <sup>1)</sup>. Ausserdem floss ihm eine reiche Einnahmequelle aus dem Friedeschilling zu, der in Braunschweig sieben Pfennige für jede Auflassung betrug <sup>2)</sup>. Auch ein Drittel des Strafgeldes, welches für falsche Masse erhoben wurde, scheint dem Vogte zugeflossen zu sein <sup>3)</sup>. Neben den richterlichen Befugnissen hatte der Vogt aber auch noch Verwaltungsgeschäfte zu besorgen. So hatte er in Hannover nach Neujahr den Zins von den in der Stadt belegenen Grundstücken zu erheben, mit Ausnahme desjenigen, welchen die Kirchen des heiligen Gallus und Ägidius zu entrichten hatten <sup>4)</sup>.

Neben dem herrschaftlichen Vogte erscheinen schon zur Zeit Heinrichs von Braunschweig in der welfischen Hauptstadt städtische Beamte, welche gleichfalls den Titel „Vögte“ führen, mit jenen aber nicht zu verwechseln sind. Es waren dieses die Vorsteher der drei Weichbilder der Stadt Braunschweig, der Altenwik, des Hagens und der Neustadt. Schon im Jahre 1224 kommt ein Vogt Hermann vom Hagen vor <sup>5)</sup> und im Jahre 1231 giebt der Vogt Heinrich von der breiten Strasse samt den Bürgern der Altenwik den Goldschmieden die Erlaubnis, eine Innung zu bilden <sup>6)</sup>; eine Befugnis, welche nach dem Hannoverschen

1) Archiv des historischen Vereins für Niedersachsen, Jahrg. 1847, S. 181.

2) O. Str., § 64. Orig. Guelf. IV, p. 186: „si quis res suas alieni coram iudicio recognoverit, dabit solidum, qui dicitur Vrethesilling“. Doch ist es auch möglich, dass diese Einnahmen in die Kasse des Landesherrn flossen; s. oben, S. 56, Anm. 5.

3) Orig. Guelf. IV, p. 184: „Magister civium corrigit omnes indebitas mensuras quinque solidis, quorum tertia pars cedit Advocato, due vero civitati.“

4) „Censum de arcis intra civitatem accipiet Advocatus post natiuitatem domini; preter censum ecclesiarum beati Galli et Egidii“; Orig. Guelf. IV, p. 184.

5) Urkunde des Pfalzgrafen Heinrich, Urkundenanhang, Nr. 19.

6) Urkundenbuch der Stadt Braunschweig, S. 8.

Stadtrechte vom Jahre 1241 den Ratsherren für alle Handwerke zustehen sollte <sup>1)</sup>. Diese städtischen Vögte hatten, wie es scheint, die Polizeiverwaltung zu leiten und die Innungsangelegenheiten zu überwachen. Die Handhabung der Marktpolizei wenigstens stand ihnen zu, und namentlich hatten sie die Anwendung falschen Masses zu strafen <sup>2)</sup>.

Das wichtige Amt eines landesherrlichen Vogtes in Braunschweig war zur Zeit Heinrichs des Löwen und im Anfang der Regierung des Pfalzgrafen Heinrich in der Hand der Familie von Dalem oder Wenden. Im Jahre 1147 wird bereits ein Mitglied dieser Familie Namens Balduin als Vogt von Braunschweig erwähnt <sup>3)</sup>. Ihm folgte sein Sohn Ludolf, der die Vogtei bis zum Jahre 1192 inne hatte <sup>4)</sup>. Als Ludolf in diesem Jahre an der Spitze der welfischen Ministerialen sich gegen Heinrich den Löwen empörte, wird er die herzogliche Vogtei in Braunschweig, welches er fliehend verlassen musste, verloren haben. Erst im Jahre 1194, als Pfalzgraf Konrad bei Rhein mit Heinrich dem Löwen über die Aussöhnung mit dem Staufer unterhandelte, wurde Ludolf von dem Herzoge Heinrich wieder zu Gnaden aufgenommen und erhielt wahrscheinlich die braunschweigische Vogtei zurück. Bald darauf muss er gestorben sein. Unter der Regierung des Pfalzgrafen Heinrich treffen wir in dem Jahre 1196 seine Söhne Balduin und Ludolf in dem Besitze der Vogtei über die Stadt Braunschweig <sup>5)</sup>. Balduin war noch im Jahre 1219 Vogt

1) Orig. Guelf. IV, p. 184: „Consules civitatis magistratos artium manualium instituent.“

2) Siehe oben, S. 62, Anm. 3.

3) Faleke, Tradit. Corbei, p. 766.

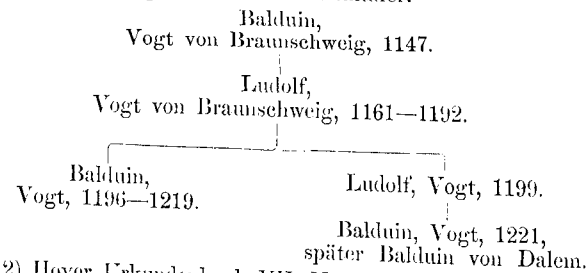
4) Urkundlich kommt er vom Jahre 1161 bis 1190 als Vogt vor; s. Orig. Guelf. III, praef., p. 36 u. III, p. 560.

5) Orig. Guelf. III, p. 606. Beide erscheinen mit dem Titel Vogt im Jahre 1199 in einer Urkunde des Pfalzgrafen Heinrich; Orig. Guelf. III, p. 622.

von Braunschweig <sup>1)</sup>. Ihm folgte sein Neffe Balduin, der sich im Jahre 1221 „von Gottes Gnaden“ Vogt von Braunschweig nennt. Schon im Jahre 1219 aber tritt uns ein Vogt Gottfried von Vorsfelde als landesherrlicher Richter in der Stadt Braunschweig entgegen <sup>2)</sup>. Er wird seit dieser Zeit auch häufig in den Urkunden des Pfalzgrafen Heinrich erwähnt, während Balduin nur noch einmal als Vogt von Braunschweig im Jahre 1224 vorkommt <sup>3)</sup>, sonst aber nur als Balduin von Dalem, oder Balduin, Vogt von Dalem, urkundlich aufgeführt wird <sup>4)</sup>. Eine Erklärung dieses Wechsels vermag ich nicht anzugeben.

In Stade war die Vogteigewalt über die Stadt nicht in dem Besitze der Welfen. Dieselbe besass schon seit dem Jahre 1038 der Erzbischof von Bremen, und wir finden daher in den Urkunden des Pfalzgrafen Heinrich nur bremische Dienstleute als Vögte von Stade bezeichnet <sup>5)</sup>. Da-

1) Hamburg. Urkundenb., Nr. 432, S. 377. Urkundenanhang, Nr. 8. Hieraus ergibt sich die Stammtafel:



2) Hoyer Urkundenbuch VII, Nr. 8.

3) Urkundenanhang, Nr. 18.

4) Urkunden des Pfalzgrafen Heinrich de a. 1225, bei Sudendorf, Urkundenb. I, Nr. 9. Urkundenanhang, Nr. 25.

5) Urkunden des Pfalzgrafen Heinrich vom 30. August 1204; gedr. Archiv des Vereins für Geschichte und Altertümer der Herzogtümer Bremen und Verden u. s. w. III, S. 279: „Henricus advocatus“; desselben Urkunden vom Jahre 1225 bei Sudendorf, Urkundenb. I, Nr. 8: „Ministeriales ecclesiae Bremensis . . Godefridus advocatus et Otto frater suus“; Urkunden vom Jahre 1225 bei Pratje, Herzogtümer Bremen und Verden, Samml. VI, S. 108: „Godefridus advocatus Stadensis, Otto frater ejus.“

gegen war die Burgvogtei in Stade eine Pertinenz des Grafenamtes. Die richterlichen Befugnisse sowie Verwaltungsangelegenheiten in der Grafschaft scheint Heinrich von Braunschweig auch hier Beamten übertragen zu haben, welche in der Grafschaft Stade den Titel „vicecomes“ führten <sup>1)</sup>. Dieser Untergraf wird dieselben Jurisdiktionsrechte auszuüben gehabt haben, wie die übrigen landesherrlichen Oberrichter in den welfischen Besitzungen. Auch stand ihm wohl die Eintreibung des Grafenschatzes, der in diesen Gegenden öfters erwähnt wird <sup>2)</sup>, zu. In Hannover finden wir erst nach der Zeit Heinrichs von Braunschweig unter der Regierung Ottos des Kindes landesherrliche Richter unter dem Namen von Vögten: erst in dem Jahre 1236 wird ein gewisser Hildebrand, Vogt von Hannover, erwähnt <sup>3)</sup>. Indessen wird das landesherrliche Vogteigericht hier schon früher bestanden und den sonstigen Verhältnissen in den welfischen Städten analog gewesen sein. Früher finden wir den richterlichen Beamten des welfischen Landesherrn in der Stadt Helmstedt. Hier hatten die Welfen die Vogtei von dem Abte von Werden zu Lehen <sup>4)</sup>.

1) Urkunden bei Pratje a. a. O.: „Henricus de Borgh vicecomes“; vgl. die Urkunde bei Sudendorf a. a. O.: „Ministeriales nostri . . Henricus de Borg, Segebodo de Borg.“

2) Pfalzgraf Heinrich befreite im Jahre 1225 die Kirche zu Buxtehude von allen Abgaben ausser von dem Grafenschatze; Sudendorf, Urkundenb. I, Nr. 7. Dort heisst es: „Debitum censum, id est greven Schat, suo tempore persolvatur et preter id ab officiali nostro nihil penitus ab eis servicii requiratur.“ Unter den Zeugen nimmt hier Heinrich von Borg noch vor dem Marschall Willekin die erste Stelle ein.

3) v. Hoderberg, Calenberg. Urkundenb., Abt. VI, Nr. 17, S. 16. Des Ortes Hannover geschieht als Stadt zuerst im Jahre 1190 in den Ann. Stederb., SS. XVI, p. 222 Erwähnung: „civitatem Hanovere succendit (sc. rex Henricus VI.)“.

4) Urkunden des Abtes Gerhard von Werden vom Jahre 1223. Orig. Guelf. IV, p. 128: „porreximus omnia phecda sua, videlicet advocatiam civitatis Helmenstadensis et honorum attinentium, cum toto jure et integritate, qua progenitores sui de predecessorum nostrorum manibus possederant ante ipsum“.

Neben dem vogteilichen Amte erscheint in Helmstedt, das nach Magdeburger Rechte lebte, auch das Schultheisssentum, welches gleichfalls von dem Werdener Abte zu Lehen gereicht wurde <sup>1)</sup>. Auch hier wie in Lüneburg, Göttingen und den übrigen gerade auf der Wende des 12. zum 13. Jahrhundert aufblühenden Städten waren die Rechtsverhältnisse denen in der Stadt Braunschweig im grossen und ganzen entsprechend.

In demselben Masse, wie sich allmählich die landesherrliche Gerichtsbarkeit ausbildete, schmolz, diese Entwicklung bestimmend und wiederum von ihr beeinflusst, der Stand der Schöffenbarfreien zusammen. Durch die grossen Lehensherren zur Aufgabe ihrer Freiheit gezwungen, bisweilen den Stand der Unfreiheit aus eigenem Antriebe erwählend <sup>2)</sup>, gingen die freien Geschlechter, wenn sie nicht ausstarben, nach und nach in dem Stande der Dienstmannen auf. Doch wussten sich einige dieser freien Familien, wie die von Bivende <sup>3)</sup> und Warberg, noch lange Zeit ihre völlige Unabhängigkeit zu wahren. Aus den Ministerialen aber entwickelte sich mit der Zeit ein höriger Ritterstand, in welchem der Rest der Freien verschwand. Diese ritterlichen Dienstleute nahmen allmählich eine den Freien ebenbürtige, bisweilen selbst vor ihnen hervorragende Stellung ein und wurden in einzelnen Fällen sogar mit erledigten Grafschaften belehnt. Ludolf von Peine, den wir in einer Urkunde des Pfalzgrafen Heinrich mitten

1) Orig. Guelf. III, p. 835 werden in einer Urkunde Ottos IV. erwähnt: „Godefridus de Helmstad, frater Stephani, Arnulphus de Helmstad, Hudo scultetus de Helmstad.“ Im Jahre 1224 erscheint in einer Urkunde des Pfalzgrafen Heinrich auch ein Vogt Burchard von Helmstedt; Orig. Guelf. III, p. 695.

2) Ann. Stederb., SS. XVI, p. 217: „Ante haec tempora quidam homo liberae conditionis Wernerus de Levedhe et duo fratres sui se ipsos cum praedio suo in praedicta villa in potestatem ducis Henrici juri ministerialium dederant.“

3) Vgl. v. Schmidt-Phiseldeck, Die Edelherrn von Bivende und ihre Herrschaft im 13. Jahrhundert. Werniger. 1877.

unter dessen Dienstleuten als Graf aufgeführt finden <sup>1)</sup> und dessen Ministerialität auch sonst unzweifelhaft feststeht, besass einen Komitat in der Nähe von Braunschweig <sup>2)</sup>. Trotz allen Glanzes des ritterlichen Lebens aber blieben die Ministerialen doch immer hörige Leute, die man veräussern und vertauschen konnte. So schenkte der Pfalzgraf Heinrich von Braunschweig den Sohn seines Truchsessens Jordanes, eines der angesehensten welfischen Dienstleute, seinem Bruder Otto <sup>3)</sup>. Otto IV. selbst überliess der Hildesheimer Kirche im Jahre 1218 die Ehefrau Siegfrieds von Borsum, die Ehefrau Ludolfs von Salder mit allen Söhnen und Töchtern, sowie die Frau des Marschalls Konrad, die Tochter des Vogtes Ludolf von Dalem, mit deren Sohne und erhielt dafür den erstgeborenen Sohn des kaiserlichen Hoftruchsessens Gunzelin, der hiernach also einen besonders hohen Preis gehabt zu haben scheint <sup>4)</sup>. Aus dieser ritterlichen Ministerialität, für deren Vertreter sich im Laufe des 13. Jahrhunderts der Ausdruck „miles“ immer mehr festsetzte <sup>5)</sup>, wählte der Fürst des Landes mit Vorliebe seine persönlichen Berater und Gesellschafter. Dieses Hofgesinde begleitete den Landesherrn, der noch keine feste Residenz zu haben pflegte, auf seinem Zuge durch sein Land, auf welchem er bald da, bald dort sein Hoflager aufschlug, und hier in Gegenwart, unter Zeugnis und oftmals auch mit Beistimmung der ihn umgebenden Ministerialen seines Hofes zahlreiche

1) Orig. Guelf. III, p. 622: „... Ludolfus advocatus, Ludolfus comes de Peine, Bertramus de Weltheim.“

2) Vgl. Ann. Stederb. XVI, p. 213: „Ubi Ludolfus comes de Peine; quia imperium comitiae jurisdictione hoc quod diximus praedium continebatur, judiciali dictante sententia regio banno in jus ecclesiae . . . addixit.“

3) Orig. Guelf. III, p. 630.

4) Asseburg. Urkundenb., S. 64, Nr. 91. B. F. 508.

5) Aus den Urkunden Heinrichs von Braunschweig hebe ich hervor: 1213: „Gerardus miles de Seoderstede et fratres sui Hinricus miles de Jerxheim et Fredericus miles de Winthusen“; 1219: „Razzo miles“; 1222: „Razzo miles de Utsen“, und öfter.

Akte freiwilliger Gerichtsbarkeit, Schenkungen, Bestätigungen, Verzichte u. s. w. vornahm. So wandelten sich allmählich die alten Landdinge, die *placita provincialia*, in Hofstage um, die der Landesherr mit seinen Dienstmannen abhielt und bei denen er sich nicht mehr an einen bestimmten Ort band. Schon unter Heinrich dem Löwen, dann auch unter seinem Sohne, dem Pfalzgrafen Heinrich, scheint sich bereits das Bedürfnis einer Residenz für den Fürsten geltend gemacht zu haben. Der letztere lebte namentlich in der späteren Zeit seines Lebens fast ausschliesslich in der von seinem Vater erbauten Pfalz zu Braunschweig, die er vor anderen als „sein Palatium“ zu bezeichnen pflegte <sup>1)</sup>. Daneben schlug er aber auch in Stade, Göttingen, Helmstedt, Celle und an anderen Orten vorübergehend sein Hoflager auf, und an allen diesen Orten begegnet uns zugleich sein Hofgesinde, dessen er sich als seines Beirates bei seinen Regierungshandlungen bedient. Hier am Hofe des Dienstherrn suchten die Ministerialen ihr Recht, fanden sämtliche Übertragungen und Verkäufe von Gütern der Dienstleute statt und erhielten die Bestätigungen des Landesherrn. Denn nicht nur das Dienstgut, sondern auch das Eigentum der Ministerialen konnte nur mit Zustimmung des Herrn verkauft oder verschenkt werden <sup>2)</sup>. Doch auch wichtigere, früher anderen Gerichten zustehende Rechtshandlungen und Beratungen wurden auf den Hoftagen des Fürsten vorgenommen. So haben wir bereits gesehen, wie die Übertragung von freien Gütern der Edelherren von Westen vor dem Pfalzgrafen, unter richterlicher Beistimmung seiner Umgebung, geschah, welche aus einigen Edelleuten, vornehmlich aber

1) „Actum“ oder „datum in palatio nostro“ oder „domo nostra“. Dieser Ausdruck begegnet uns sehr häufig in den Urkunden Heinrichs aus den letzten Jahren: damit ist natürlich immer die Pfalz in Braunschweig gemeint. In einer Urkunde bei Kindlinger (Münsterische Beiträge II, S. 256) heisst es: „acta sunt hec Brunswic in nostra Kennata“.

2) Zahlreiche Beispiele beider Arten von Übertragungen liegen in den Urkunden des Pfalzgrafen vor.

aus Hofbeamten und Dienstleuten des Pfalzgrafen bestand <sup>1)</sup>. Im Jahre 1223 ferner erklärt Heinrich von Braunschweig, dass er mit Beirat seiner Getreuen seinen Neffen Otto von Lüneburg zu seinem Erben eingesetzt habe. Aus der dieser Urkunde beigefügten Zeugenreihe erkennen wir, dass die den Pfalzgrafen bei einem so wichtigen Akte beratenden Getreuen seine Hofbeamten und einige andere von ihm abhängige Dienstleute waren <sup>2)</sup>. Unter diesem Hofgesinde, welches so allmählich zu grosser Bedeutung heranwuchs, ragten besonders die Inhaber der vier grossen Hofämter, der Truchsess, Marschall, Schenk und Kämmerer, hervor. Diesen vier Hofbeamten, welche die Tafel, den Marstall, den Keller und die Hofhaltung des Landesherrn zu beaufsichtigen hatten, waren die übrigen Ministerialen untergeordnet. Namentlich war das Marschallamt ein besonders geachtetes. So durfte z. B. ein Dienstmann einen Bürger nur mit Wissen des Marschalls wegen Schulden verklagen <sup>3)</sup>. Auch tritt uns der Marschall bisweilen als stellvertretender Richter des Landesherrn entgegen. So verkauft Friedrich von Volkmarode, der Marschall des Pfalzgrafen Heinrich, „indem er gleichsam als landesherrlicher Vogt dem Gerichte vorsass“, der Kirche zu Ringelheim eine Hufe in Wackersleben <sup>4)</sup>. Das Marschallamt blieb während des Zeitraumes, der uns beschäftigt, in der Hand des Dienstmannengeschlechtes von Volkmarode. Im Anfang der Regierung des Pfalzgrafen Heinrich finden wir Friedrich von Volkmarode in dieser Stellung <sup>5)</sup>. Er erscheint zuletzt in dem Jahre 1204

1) Siehe oben, S. 31 ff.

2) Origg. Guelf. III, p. 98—99. Ebenso bestätigt der Pfalzgraf Heinrich im Jahre 1227 einen Tausch zwischen den Kirchen zu Slizstiderburg und Königsutter: „habito consilio prudentium virorum“, und aus der beigefügten Zeugenreihe erkennen wir, dass dieses meist Ministeriale Heinrichs waren.

3) O. Str., § 17: „Swelich dhenistman enen borgere seuldich is, he sal ine verclagen to diene marscalke mit wetene. Ne richtet ime der marscalk nicht.“

4) Urkundenanhang, Nr. 6.

5) Urkunden de a. 1196, Urkundenanhang, Nr. 2.

als Marschall<sup>1)</sup>. Wenige Jahre darauf treten uns seine beiden Söhne Konrad und Willekin oder Wilhelm als Inhaber der Marschallswürde entgegen<sup>2)</sup>. Konrad muss indessen sehr bald darauf gestorben sein, da in der Folge Willekin allein als Marschall erscheint<sup>3)</sup>. Er blieb auch unter der Regierung Ottos des Kindes in dem Besitze dieser Würde<sup>4)</sup>.

Das Truchsess- und Schenkenamt wurde unter dem Pfalzgrafen Heinrich von Mitgliedern der Familie von Blankenburg verwaltet. Truchsess war schon zu Heinrichs des Löwen Zeiten Jordanes von Blankenburg, ein unter den Ministerialen des Sachsenherzogs hervorragender Mann, der in den Kämpfen seines Dienstherrn eine nicht unbedeutende Rolle gespielt hat. Er muss sehr begütert gewesen sein, denn als er im Jahre 1190 in die Gefangenschaft fiel, musste er nach dem Berichte Arnolds von Lübeck 600 Mark Lösegeld bezahlen, während der Graf Helmold von Schwerin nur die Hälfte dieser Summe zu entrichten hatte<sup>5)</sup>. Diese Thatsache reicht hin, um uns einen Begriff von der Macht und der von Tag zu Tag wachsenden Bedeutung der Dienstmannenfamilien zu geben. Auch unter dem Pfalzgrafen Heinrich nahm Jordanes eine sehr hervorragende Stelle in der Reihe von dessen Vasallen ein. Ihn finden wir am meisten von allen welfischen Dienstleuten in der Umgebung Heinrichs, und in den Urkunden desselben pflegt er unter den Ministerialen fast stets die erste Stelle einzunehmen. Ja, er wird zuweilen selbst Edelherren an Rang

1) Urkunde des Pfalzgrafen vom 30. August 1204; Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde der Herzogtümer Bremen und Verden u. s. w. III, S. 279.

2) Willekin erscheint schon 1212 als Marschall, Lüneburg. Urkundenbuch XV, S. 16. Im Jahre 1218 treten beide mit dem Titel Marschall auf; Leyser, Hist. com. Wunstorp., ed. II, p. 30.

3) So z. B. noch im Jahre 1227; Spangenberg's Neues vaterländisches Archiv, Jahrg. 1832, Bd. I, S. 205.

4) Vgl. z. B. Orig. Guelf. IV, p. 135 u. 137.

5) Arn. Lub. IV, c. 2.

gleich- oder vorgesetzt<sup>1)</sup>. Im Jahre 1221 folgte ihm sein Sohn Jordanes in der Würde eines Truchsessens des Pfalzgrafen nach<sup>2)</sup> — Von den Brüdern des älteren Jordanes, Josarius, Anno und Ludwig<sup>3)</sup>, hatte der erstere das Amt eines Schenken an dem Hofe des Pfalzgrafen inne. Als solcher begegnet er uns in den Urkunden neben seinem Bruder Jordanes, bis ihm der Sohn des letzteren, Josarius, wahrscheinlich weil der ältere Josarius selbst keinen Sohn besass, in der Würde eines Schenken am welfischen Hofe nachfolgte<sup>4)</sup>.

Kämmerer schliesslich war Herwich von Ütze<sup>5)</sup>, nach dem noch jetzt vorhandenen Dorfe Ütze an der Fulse nordwestlich von Braunschweig benannt; doch werden schon im Jahre 1226 zwei Brüder des Marschalls Willekin, Gereko und Johannes, als Kämmerer Heinrichs von Braunschweig aufgeführt<sup>6)</sup>.

Eine sehr wichtige Persönlichkeit an dem Hofe der Fürsten war der Schreiber oder Notar, welchem die Ausfertigung von Dokumenten und sonstigen Schriftstücken oblag. Als die Geschäfte an Bedeutung und Umfang zunahmen,

1) So z. B. Hamburg. Urkundenb., S. 309, Nr. 350: „Jordanus dapifer, Hermannus Hudo, Lutardus de Meynerschen.“

2) Im Jahre 1220 heisst es noch: „Jordanus dapifer, Jusarius pincerna, Jordanus juvenis.“ Urkundenanhang, Nr. 12. Der Wechsel der Truchsesswürde geht aus zwei Urkunden des Jahres 1221 hervor: Orig. Guelf. III, p. 691: „Jordanus dapifer . . . Baltwinus filius Jordanis dapiferi“; Falcke, Trad. Corbei, p. 921: „Jordanes dapifer . . . Balduinus frater dapiferi.“

3) Orig. Guelf. III, p. 275: „Jordanes et Jusarius fratres de Blankenburg.“ Urkundenanhang, Nr. 2: „Anno frater dapiferi.“ Urkundenanhang, Nr. 9: „Jordanis dapifer et pincerna frater ejus, Loduwicus frater ejus, Jordanis junior.“

4) Orig. Guelf. III, p. 700: „Jusarius pincerna“ a. 1225. Orig. Guelf. III, p. 713: „Jordanes dapifer noster et fratres sui Balduinus et Jusarius“ a. 1226.

5) Urkundenanhang, Nr. 11.

6) Orig. Guelf. III, p. 712: „Willehelmus marscalcus . . . Baldeuinus filius marscalci et fratres sui Gereko et Johannes camerarii.“

wurde eine eigene Kanzlei errichtet, an deren Spitze der oberste Schreiber, der Protonotar, stand. Als Schreiber am Hofe des Pfalzgrafen Heinrich finden wir durchweg Kanoniker des St. Blasiusstiftes in Braunschweig; die Namen der Männer, die in dieser Stellung vorkommen, sind: Albert <sup>1)</sup>, Anno <sup>2)</sup> und Johannes <sup>3)</sup>. Gegen Ende der Regierung Heinrichs scheint, vermutlich infolge des grösseren Länderkomplexes, welcher nach dem Tode Ottos IV. in der Hand des Pfalzgrafen vereinigt ward, die Einrichtung einer vollständigen Kanzlei notwendig geworden zu sein, und nunmehr begegnet uns der genannte Kanoniker Johannes wohl auch unter dem Titel eines Protonotar <sup>4)</sup>, wenn auch meist die frühere Bezeichnung festgehalten wird. Unter der Geschäftsführung des Notars Johannes wird der Gebrauch immer häufiger, in der Datierungszeile auch den Namen des Schreibers zu nennen, und in den letzten Regierungsjahren des Pfalzgrafen Heinrich ist dies durchaus die Regel.

Durch die volle Ausbildung des Lehnswesens vollzog sich auch eine durchgreifende Umgestaltung der bisherigen Heeresverfassung. Die Heerbannspflicht der alten Grafschaft ging mit dieser selbst zugrunde. So bestand denn der Heerschild des Landesherrn nicht mehr aus der Gesamtheit der freien Leute der in seinem Besitz befindlichen Komitate, sondern aus seinen Vasallen, Dienstleuten und Knechten. Aus diesem Aufgebote der dienstpflchtigen Lehensträger und Ministerialen setzte sich schon zur Zeit Heinrichs von Braunschweig der Kern des welfischen Heeres zusammen. Daneben führte das Aufblühen und der wachsende Wohlstand der Städte dem Landesherrn eine streitbare und wohlgeordnete Mann-

1) Origg. Guelf. III, p. 605. 608. 617.

2) Urkunde vom Jahre 1199. Urkundenanhang, Nr. 4. Origg. Guelf. III, p. 621.

3) Etwa vom Jahre 1220 an erscheint er regelmässig als Schreiber des Pfalzgrafen.

4) Origg. Guelf. III, p. 712.

schaft zu. So hatte im Jahre 1204 der Pfalzgraf Heinrich die Heeresmacht, mit welcher er seinem Bruder Otto IV. zuhülfe kam, aus den Bürgern der Städte Aldenburg und Stade und aus der Zahl seiner Ministerialen gebildet <sup>1)</sup>. Zu gleicher Zeit hatte Otto IV. bei Braunschweig Stellung genommen mit einer grossen Anzahl von Reisigen und braunschweigischen Bürgern, die wegen der fortwährenden kriegerischen Übung mit Schwert, Pfeil und Lanze eine nicht zu verachtende Streitmacht bildeten <sup>2)</sup>. Daneben finden wir während des Kampfes der welfischen Brüder mit dem Erbstifte Magdeburg bereits eine Spur davon, dass auswärtige Herren und Ritter, Reisige und Knappen zeitweilig von den Welfen in Sold genommen wurden <sup>3)</sup>.

Durch alle diese Momente wurde schon vor der Gründung des braunschweigisch-lüneburgischen Herzogtums die Zusammenschliessung des welfischen Eigengutes zu einem gesonderten Territorium angebahnt und teilweise selbst erreicht. Es kann daher auch kaum auffallen, dass wir schon vor dem Jahre 1235 dem Ausdrucke „dominatus“ oder „dominium“ zur Bezeichnung des in der Hand der Welfen vereinigten Länderkomplexes angewandt finden <sup>4)</sup>.

1) Arn. Lub. VI, c. 6: „In comitatu ejus (sc. Ottonis) erat palatinus frater ipsius cum copiis non parvis, quas de Aldenburch et de Stadio et ministerialium suorum numero contraxerat.“

2) Ib.: „Qui (Otto) cum Brunsvich consisteret, collecta multitudine militum vel etiam civium, qui propter continuas bellorum excercitationes gladiis et sagittis et lanceis non parum prevalent, obviam ei processit“ etc.

3) Origg. Guelf. III, p. 666: „hoc excepto, quod serviens de Sommersenborch, quem Cesarius captivavit, qui se in conductu et servicio Palatini captum esse proponit, non liberabitur, nisi audito Comite Sifrido, qui eum in conductu Palatini dicitur recepisse, et si ratum habuerit Palatinus conductum Comitum, ipse juxta verbum Comitum faciet, quod justum fuerit de ipso Serviente liberando.“

4) In einer Urkunde vom Jahre 1234: „Tenuimus preterea jure pheodali III mansos a dominatu Brunswicensi“; Asseburg. Urkundenbuch, S. 122. Im Jahre 1242 wird das „dominium Lüneborch“ erwähnt; Origg. Guelf. IV, p. 146.

Vermochten doch gerade die Nachkommen Heinrichs des Löwen schon damals die Landeshoheit in höherer Bedeutung auszuüben, als die meisten Reichsfürsten der damaligen Zeit, weil sie zugleich auch den Ducat innerhalb ihrer Allodialbesitzungen und selbst über dieselben hinaus beanspruchten und zum Teil auch besaßen. Hieraus erklärt es sich, dass schon zur Zeit des Pfalzgrafen Heinrich alle jene Stücke, die das Wesen der Landeshoheit ausmachten, die Gerichtbarkeit, das Aufgebot der Vasallen zum Reichsheerdienste und der übrigen Bevölkerung zur Verteidigung des Landes, die Sorge für die öffentliche Sicherheit und den allgemeinen Frieden, das Schutz- und Gekitsrecht, endlich vor allem die nutzbaren Regalien, Jagd, Fischerei, Zoll, Wasser, Weide, Forstrecht u. s. w.<sup>1)</sup>, in der Hand des welfischen Landesherrn vereinigt waren und der Übergang des bis zu einem gewissen Grade schon ausgebildeten welfischen Territoriums zu einem staatlich anerkannten, vom Reiche lehensabhängigen Herzogtume im späteren Sinne des Wortes fast unmerklich und wie von selbst sich vollzog.

1) Im Jahre 1225 befreit Heinrich von Braunschweig die Bürger zu Stade von dem Zolle bei der Stadt Celle; Pratje, Die Herzogtümer Breinen und Verden VI, S. 108—110. Urkundenanhang, Nr. 8: „ab omni jure cometic, advocacie et telonorum liberos“. Urkundenanhang, Nr. 7: „cum totius juris plenaria integritate, videlicet cum advocatia cum pratis et pascuis et nemoribus et ceteris appenditiis“.

## Lebenslauf.

Ernst Adolf Hermann Lothar von Heinemann, evangelisch-lutherischer Konfession, wurde am 19. Februar 1859 zu Bernburg geboren. Infolge der Berufung seines Vaters, des Professors Dr. O. von Heinemann, als Bibliothekar der Herzoglichen Bibliothek zu Wolfenbüttel, siedelte er im Jahre 1868 nach Wolfenbüttel über und besuchte von Johannis desselben Jahres an das dortige Gymnasium. Mit dem Zeugnis der Reife versehen, verließ er Ostern 1878 diese Anstalt und widmete sich dem Studium der klassischen Philologie und Geschichte an den Universitäten München, Göttingen und Leipzig. Er beteiligte sich an den Vorlesungen und Übungen folgender Herren Dozenten: Arndt, Baumann, Bursian, v. Christ, Cornelius, v. Druffel, Gardthausen, v. Giesebrecht, Heigel, Hofmann, Lange, Lipsius, W. Müller, v. Noorden, v. Prantl, J. Ranke, Ribbeck, Sauppe, Springer, Steindorff, Stieve, Voigt, Weizsäcker, Zarncke.

Ihnen allen sei hiermit für die mannigfache Anregung und Belehrung der wärmste Dank abgestattet, vor allen aber Herrn Professor C. von Noorden, unter dessen Aufsicht die vorliegende Arbeit entstanden ist.

Druck von Friedr. Andr. Perthes in Gotha.